H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 87
März/April 04
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Schwerpunkt: Neonazis entdecken die „Soziale Frage"

Informationen von und für AntifaschistInnen

FAF-Verbot – Fall Hoffmann – Neonazis gegen Synagogenbau – NPD-Krise – „Landser": Szene-Solidarität – Interview: Initiative „turn it down" – RechtsRock – Mord in Gera – Das Ende der „Wehrmachtsausstellung" – Schill und „Pro DM" – Torsten Lemmer – Aufmarsch Dresden – NVU Niederlande – Schweizer Revisionismus – Gedenkstättenpolitik – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe: P. Jülich (S. 12, 14, 22, 23), Bildarchiv DER RECHTE RAND (S. 17), AIB (S. 18).

Editorial

Knapp ein Jahr nach dem gescheiterten Verbotsverfahren gegen die NPD sind wir in der Bundesrepublik Deutschland mit zunehmenden Naziaktivitäten konfrontiert. Neben Standardthemen der Rechten wie die Angriffe auf die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, die Forderung nach Einführung der „Todesstrafe für Kinderschänder“ etc. werden – als Reaktion auf den von der rot-grünen Bundesregierung betriebenen Sozialabbau – soziale Probleme aufgegriffen. Neofaschisten von NPD und „Freien Kameradschaften“ geben sich als Interessenwahrer der sogenannten „kleinen Leute“.

Gleichzeitig wird immer unverhohlener an Ideologie und Propaganda des Hitler-Faschismus angeknüpft. Die „Volksgemeinschaft“ wird als Alternative zum neoliberalen Kapitalismus angepriesen. Vertraut wird dabei ganz offensichtlich auf Geschichtsvergessenheit, darauf, dass die umworbenen „kleinen Leute“ sich nicht mehr daran erinnern, dass die als historische Vorbilder dargestellten „Nationalsozialisten“ gerade sie als „Betriebsgemeinschaft“ gegenüber dem „Betriebsführer“ entrechtet und ihrer Interessenvertretungen beraubt hatte. Unlängst jährte sich von der Öffentlichkeit unbemerkt zum 70. Mal die Einführung des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ durch die Nazis, das u.a. die Betriebsräte abgeschafft hatte. Die „Volksgemeinschaft“ bedeutete Arbeits- und Kriegsdienst für die „kleinen“ und Extra-Profite durch Arisierung, Massenmord und Raubkrieg für das Kapital, die „großen Leute“.

Vor dieser historischen Erfahrung kann der Nazi-Parole „Volksgemeinschaft statt Globalisierung“ frei nach Bertolt Brecht nur entgegengehalten werden: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.“

Umso dramatischer erscheint vor der offensichtlichen Bezugnahme der Neofaschisten auf das NS-Regime, und damit auf eine terroristische und massenmordende Diktatur, dass die Toleranz ihnen gegenüber zunimmt. Da empfiehlt ein Staatsschutzpolizist jungen Leuten mit Neofaschisten, die sich selbst als „Nationalsozialisten“ bezeichnen, ein deeskalierendes Gespräch zu führen (Buxtehude), da mag ein Verwaltungsrichter in einem NPD-Aufmarsch gegen den Bau einer Synagoge kein antisemitisches Motiv erkennen (Bochum), da dürfen Neonazis an offiziellen Trauerfeiern für die Dresdener Bombenopfer teilnehmen und Krokodilstränen über die Opfer des von ihren Vorbildern angezettelten Krieges vergießen und da lässt ein rechtspopulistischer Innensenator eine antifaschistische Kundgebung und eine Auschwitzlüberlebende durch Wasserwerfer angreifen, während die Nazis unbehelligt marschieren dürfen (Hamburg)...

Düstere Aussichten, wenn es nicht auch ein paar erfreulichere Tendenzen gäbe, wie z.B. die 25 Richter, die sich öffentlich gegen den antisemitischen Naziaufmarsch in Bochum wehren, oder die große Zahl von DemonstrantInnen gegen Naziaufmärsche wie z.B. in Hamburg. Diese Zeichen von Zivilcourage gilt es zu vervielfachen. Mehr Menschen als bisher müssen gewonnen werden, den Nazi-Umtrieben entgegenzuwirken und Polizei, Justiz und Politik zu einem konsequenteren Vorgehen zu drängen – im Interesse der Opfer des NS-Regimes, im Interesse einer für uns alle lebenswerten Zukunft.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluss ist der 13. April 2004.

Termine

20.-23. Mai 2004: Bundesweites Gedenkstättenseminar „Spuren des Überlebens. Dokumente der Erinnerung. Kunst, Künstler und politische Bildung in Gedenkstätten für NS-Opfer.“ Ort: Jugendgästehaus Dachau.

6. - 7. März 2004: Seminar „Verbrechen der Wehrmacht in Süd- und Westeuropa“. Referenten: Prof. Kurt Pätzold, Berlin und Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege“. Vorbereitung für Protestaktionen gegen das Treffen der „Gebirgsjäger“ (Pfingsten 2004). Ort: Jugendgästehaus Dachau.

Infos über VVN-BdA Bayern, Frauenenlobstr.24, 80337 München (Tel. 089-53 17 86, Fax 089-53 89 464).

„Fränkische Aktionsfront" terminated

Am 22. Januar 2004 hat das Bayerische Innenministerium das vornehmlich im Raum Nürnberg aktive Neonazi-Netzwerk „Fränkische Aktionsfront" verboten. Als Begründung führte Innenminister Beckstein deren „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus" und ihre „zunehmend aggressive Agitation" an.

Von Marco Kuhn & Michael Reinhard



Unter dem Motto der NPD-Veranstaltung „Wir sind das Volk" marschierten am 1.Mai 2003 auch Mitglieder der „Fränkischen Aktionsfront" durch Berlin

Im Rahmen der Verbotsvollstreckung gegen die „Fränkische Aktionsfront" (FAF) durchsuchte die Polizei sechs Wohnungen in Nürnberg bzw. Fürth, ebenso viele im restlichen Mittelfranken, darunter eine in Herzogenaurach, sowie im Raum Forchheim und in Mainz, wo ein FAF'ler einen Zweitwohnsitz habe. Neben Propagandamaterial, PCs, Schlagstöcken und Schreckschusswaffen soll auch eine scharfe Pistole beschlagnahmt worden sein. Von einer Durchsuchung betroffen war auch Matthias Fischer in Fürth. Er zeichnete für fast alle Veröffentlichungen der FAF als presserechtlich Verantwortlicher.

Die FAF war die nach außen hin aktivste Neonazi-Struktur in Süddeutschland. Sie fungierte als Knotenpunkt mehrerer so genannter „unabhängiger Kameradschaften" im Großraum Nürnberg, agierte jedoch in enger Kooperation mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD). Zu Aufmärschen mobilisierte die FAF bis zu 120 „KameradInnen". Im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft Bayern" (AG Bayern), die sie u.a. zusammen mit der „Kameradschaft Süd – Aktionsbüro Süddeutschland" (KS Süd) als eine Dachorganisation für „bayernweit aktive Gruppen und Einzelpersonen" gegründet hatte, konzentrierten sich die Protagonisten in den letzten Monaten auf die so genannte Soziale Frage und führten u.a. „Aktionen gegen Arbeitsplatzverluste in Deutschland" durch. Zuletzt beteiligten sich „fränkische Aktivist/innen" an einer Mahnwache der extrem rechten Organisation „Demokratie Direkt e.V." in München.

Mit dem jetzt erfolgten Verbot scheinen die staatlichen Behörden, was die Einschätzung der FAF betrifft, eine deutliche Wendung vollzogen zu haben: Noch im Juni 2003 wird ein Nürnberger Polizeisprecher in einer Regionalzeitung mit folgenden Feststellungen wiedergegeben: „eine Zunahme des Gewaltpotentials" sei „nicht erkennbar" und von einer „verstärkten Zusammenarbeit einzelner Neonazi-Gruppierungen" sei nichts zu bemerken. Nun spricht das Bayerische Innenministerium von „zahlreichen Verbindungen zu anderen Skinheadgruppierungen aus dem regionalen Bereich" und von „engen Kontakten" zu der bereits erwähnten KS Süd. Gerade die Kontakte zu den verhafteten Mitgliedern der KS Süd scheinen weit mehr eine Rolle für das nun ausgesprochene Verbot gespielt zu haben, als die eingangs aus der Verbotsbegründung zitierte „Wesensverwandtschaft" mit dem NS und die „aggressive Agitation" der FAF. Denn diese beiden Fragmente waren grundlegender Bestandteil der FAF-Agitation seit ihrem Bestehen. Nur wenige Organisationen traten über Jahre hinweg mit solch einem radikalen und militanten Gestus offen auf.

Mit dem Verbot der FAF muss die hiesige Neonaziszene fortan auf ein lieb gewonnenes - weil breit bekanntes und in der Region für „Jungnazis" durchaus identitätsstiftendes - „Label" verzichten und erfährt damit in ihrer Außenwirkung einen Dämpfer. Die eigentliche Basis der FAF jedoch, die einzelnen ehemals in ihr zusammengeschlossenen Kameradschaften aus Nürnberg, Fürth, Herzogenaurach, Forchheim, etc. werden von dem Verbot, soweit bekannt, nicht tangiert. Auch die NPD, in der viele der FAF-Mitglieder ebenfalls organisiert waren, steht für zukünftige Aktivitäten als Organisationsstruktur zur Verfügung. Damit wurde die Strategie, Vorfeldorganisationen für die NPD zu gründen, um bei deren Verbot weiter funktionierende Strukturen gewährleisten zu können, zwar auf den Kopf gestellt – aber sie hat – zumindest hier – funktioniert. Insofern kann von einer Entwarnung bezüglich neonazistischer Umtriebe in der Region um Nürnberg keine Rede sein. Diese Einschätzung wird auch dadurch bestätigt, dass bereits zwei Tage nach dem Verbot im Raum Nürnberg ein RechtsRock-Konzert mit drei NS-Black-Metal-Bands vor etwa 100 BesucherInnen stattfand. Dazu „eingeladen" hatte auch die „Fränkische Aktionsfront".

Beckstein will Bestätigung - aber auch Aufklärung?



WSG-Gründer Karl-Heinz Hoffmann

Günther Beckstein, bayerischer Innenminister, ist seit langem für Überraschungen bekannt. Sein Verbot der militanten neonazistischen „Fränkischen Aktionsfront" im Januar diesen Jahres galt vielen noch als absehbar. Aber, dass der CSU-Stratege, ganz zeitnah, auch noch einen der mysteriösesten Politmorde der letzten Jahrzehnte - quasi aus dem Bauch heraus - wieder aufrollen lassen will, bleibt ebenso geheimnisvoll wie der Fall selbst.

Von Andrea Röpke

Am Abend des 19. Dezember 1980 waren der jüdische Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen in ihrem Haus regelrecht hingerichtet worden, jeweils mit vier Schüssen aus einer Maschinenpistole Marke Beretta. Als Täter wurde damals der Neonazi und Burschenschafter Uwe Behrendt ausgemacht.

Behrendt gehörte zur „Wehrsportgruppe Hoffmann", war Stellvertreter des Chefs, Karl-Heinz Hoffmann. Keine zwei Monate nach dem Attentat auf das Münchener Oktoberfest, mit ingesamt 13 Toten und über 211 Verletzten, rückte wieder ein Neonazi aus dem Umfeld des militanten fränkischen Anführers in den Blick der Öffentlichkeit.

Doch weder Behrendt noch Hoffmann konnten für den Mord jemals belangt werden: Behrendt starb im Libanon, seine Leiche wurde 1984 von bayerischen Beamten ausfindig gemacht und nach Deutschland überführt. Den mutmaßlichen Drahtzieher Hoffmann sprach die 13. Große Strafkammer am Landgericht Nürnberg nach 186 Verhandlungstagen „mangels Beweisen" vom Mordvorwurf frei.

Dabei hatten teilweise die eigenen Leute „den Chef" als Auftraggeber der Tat belastet und am Tatort fanden Polizisten die Brille von Hoffmanns späterer Ehefrau und Kampfgefährtin. Auch die Mordwaffe sowie der verwendete selbstgebastelte Schalldämpfer führten ins rechtsradikale Hauptquartier Schloß Ermreuth, nur 16 Kilometer von Erlangen entfernt. Hoffmann dagegen gab Behrendt die Alleinschuld und sprach vor Gericht von dessen „übertriebener Aktionsgeilheit".

Der bittere Beigeschmack eines ungesühnten Mordes blieb und viele offene Fragen.

Keine 24 Jahre später meldeten die „Nürnberger Nachrichten" am 25. Januar 2004 überraschend: „Verräterische Spur? Gen-Analyse soll Erlanger Doppelmord aufklären". Als Auftraggeber der „Gen-Analyse" machte die Zeitung ausgerechnet Beckstein aus.

Dabei waren es gerade seine damaligen Parteikameraden von der CSU, die die Bedeutung der „Wehrsportgruppe" bis zu ihrem Verbot Anfang 1980 durch das Bundesinnenministerium total heruntergespielt hatten. Symptomatisch für diese Fehleinschätzung, die sich, laut Spiegel „von der politischen Ebene über Justizbehörden bis in die Medien ausbreitete", war der Ausspruch des damaligen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß aus dem Frühjahr 1980: „Mein Gott, wenn ein Mensch sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen „Battle Dress" spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen". Karl-Heinz Hoffmann galt offiziell in Bayern als schrullig, aber nicht gefährlich. Obwohl seine Wehrsportgruppe auf über 400 Anhänger anwuchs, sahen die Behörden keinen Grund zum Einschreiten.

Hoffmann hatte nie einen Hehl aus seinen gefährlichen politischen Ansichten gemacht. „Eine Demokratie ist impotent, eine Diktatur, die den richtigen Mann an der Spitze hat, kann für ein Volk alles tun". Seine WSG, eine Art paramilitärische Truppe, sollte ihm zur Durchsetzung seiner Ziele dienen.

„Der Spiegel" kritisierte 1984 während des Prozesses die Ermittlungsmethoden der bayerischen Verantwortlichen: „Was bei der RAF nur mit der fragwürdigen Unterstellung funktionierte, sämtliche Gruppenmitglieder hätten alle Anschlagspläne gekannt und gebilligt, deshalb seien sie auch dann für die Folgen zu bestrafen, wenn sie selbst gar nicht am Tatort waren, das hätte – auf die WSG angewandt – für Hoffmann brenzlig werden können".

Denn die braune Truppe war straff hierarchisch aufgebaut mit Hoffmann an der Spitze. Bereits am Abend nach der Tat soll Behrendt Hoffmann gestanden haben: „Chef, ich habe den Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde in Erlangen erschossen. Ich hab`s auch für Sie getan." Am nächsten Tag dann, beseitigte der Schlossherr belastende Spuren, verbrannte Wollmütze, Windjacke und Schal von Behrendt im Kachelofen, machte ihm Vorwürfe die Sonnenbrille mit Gravur am Tatort liegen gelassen zu haben. Doch die Kripo erschien erst ganze fünf Wochen nach der Tat zum ersten Mal bei Franziska Hoffmann. Da hatten sich Behrendt und Hoffmann bereits in den Libanon abgesetzt.

Im Januar 2004 nun will Beckstein, ganz spontan, im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in der Erlanger Hugenottenkirche zum Thema „Jüdische Zukunft" entschieden haben, dass Spezialisten des bayerischen Landeskriminalamtes prüfen sollen, ob „eventuell vorhandene DNA-Spuren" im Mordfall Levin/Poeschke neue Untersuchungen möglich machen.

Zwei Wochen später jedoch bremst ein Sprecher des Landeskriminalamtes jede aufkommende Euphorie: „Es muß zunächst geklärt werden, ob vorhandenes DNA-Material da ist, nach so langer Zeit können die Tatortspuren falsch gelagert worden sein und alles ist zerstört." Auf die Frage, ob Karl-Heinz Hoffmann noch ruhig schlafen kann, antwortet der LKA-Sprecher ernüchternd: „Ich weiß nicht, ob er sich Sorgen machen soll oder nicht. Aber in erster Linie geht es darum die Täterschaft zu klären".

Geht es für Beckstein nur darum, Uwe Behrendt als Einzeltäter zu bestätigen? Darin könnte eine Erklärung für die „spontane Initiative" liegen: der Fall wäre vom Tisch und die kritischen Mäuler endlich zum Schweigen gebracht.

„Der Ur-Ton von Ur-Absichten"

NPD-Demonstration gegen den Bau einer Synagoge bisher verboten

Die NPD hat für den 13. und 20. März eine Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum angemeldet. Auf breiten öffentlichen Druck hin hat der Polizeipräsident der Stadt jetzt die Veranstaltung verboten.

Von Christian Dornbusch

„Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen für das Volk" lautet der Slogan der bereits im Dezember 2003 durch den Landesverband der NPD angemeldeten Demonstration, mit der sie gegen die kostenlose Überlassung eines Areals für den Neubau einer Synagoge in Bochum wettert. „Die Kassen der Stadt Bochum sind leer! (...) Doch während der normale Bürger sich mit dem Sparkurs der Regierung anfreunden muß, scheint es für Minderheiten noch immer Sonderregelungen zu geben", ergeht sich die NPD in antisemitischen Tiraden und fordert in einem Flugblatt die Zuschüsse der Stadt Bochum lieber „für das Volk" einzusetzen anstatt für „Paläste für Minderheiten".

Am 30. Januar 2004 verbot der Bochumer Polizeipräsident Wenner die Demonstration: „Wir gehen davon aus, dass der Anmelder sich im innersten Kernbereich der nationalsozialistischen Ideologie bewegt", begründet er im scharfem Ton. Die Demonstration verstoße gegen das Grundgesetz, denn mit ihr solle „ein öffentliches und unverhohlenes Bekenntnis zur Zerstörung der Synagogen und zum Holocaust abgelegt werden". Deutlich würde aus der Anmeldung, so Wenner, „der Ur-Ton von Ur-Absichten".

Bei der Pressekonferenz der Polizei rügte der Präsident aber auch 24 zivilcouragierte Richterinnen und Richter, die von ihm im Vorfeld in einem Offenen Brief das Verbot der Demonstration gefordert hatten. Sie argumentierten, dass die Veranstaltung „sich nicht nur gegen die Glaubensfreiheit der jüdischen Gemeinde richte(n), die gemäß Artikel 4 Grundgesetz unverletzlich ist. Sie würde zugleich einen späten Versuch der Wiedergutmachung für die Verbrechen verhöhnen, die unsere Vorfahren an Juden begangen oder hingenommen haben. Wer sich dem Bau einer neuen Synagoge in den Weg stellt, reiht sich 65 Jahre später erneut in die Reihe derer ein, die die alte in Schutt und Asche legten." Diese war in Bochum wie in vielen anderen deutschen Städten 1938 in der Reichspogromnacht von Nazis zerstört worden.

Der Polizeipräsident indes bezeichnete den Offenen Brief als schädlich und kontraproduktiv, denn er werfe ein „schiefes Licht" auf seine Entscheidung. Dabei hatten sich die Richterinnen und Richter im Vorfeld auch mit den möglichen Schwierigkeiten, die das Verbot einer neonazistischen Demonstration mit sich bringt, auseinandergesetzt. Obwohl das Bundesverfassungsgericht der Demonstrations- und Meinungsfreiheit zumeist immer den Vorrang einräumt, stellen sie in diesem Fall fest, das diese Demonstration unmittelbar die öffentliche Ordnung störe und deshalb gemäß §15 Versammlungsgesetz verboten werden könne. Weiterhin verweisen sie auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass das Verbot der extrem rechten Demonstration am Holocaust-Gedenktag am 27.1.2001 in Hamburg bestätigt hatte. Dieses mit der Begründung, dass der Aufmarsch an einem solchen Gedenktag provokativ wirke und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bürger führen könne. Auch die Demonstration in Bochum, so die Richterinnen und Richter, stelle eine „Provokation und die Verletzung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bürger in Bochum (dar), wenn hier eine Demonstration stattfände, welche die Folgen des Novemberpogroms von 1938 verewigen und den Neubau einer Synagoge ‚stoppen' will." In Bochum wurde der Offene Brief indes von vielen begrüßt. Kaum eine Woche nach seiner Veröffentlichung zog auch der Rat der Stadt Bochum nach und erklärte, dass er „sämtliche politischen und rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen (sowie) antisemitische und menschenverachtende Aktivitäten in unserer Stadt zu unterbinden" beabsichtige.

NPD-Aufruf gegen Synagogenbau

Timo Pradel, NPD-Landespressesprecher NRW und Anmelder für die Demonstration, erklärte direkt nach Bekanntgabe des Verbotes, dass seine Partei gegen die Verfügung klagen werde. Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt reichte sogar gegen die Richterinnen und Richter eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landgericht Düsseldorf ein und fordert „die Entfernung dieser Richter aus dem Dienst".

Indes mobilisiert die NPD weiter zur Demonstration nach Bochum. Deutlich wird die enge Verflechtung von NPD und „Freien Kameradschaften". Auf dem Demoaufruf wird als Kontakttelefon der Anschluss der NPD im Wattenscheider Parteibüro genannt und direkt darunter die Nummer des „NIT Rheinland" für „Infos". Für die Demonstration wirbt auch die Homepage „Gegenoffensive2004", die von Mathias Rochow aus Bocholt angemeldet wurde. Der Burschenschafter, dessen Bruder Stefan Rochow Bundesvorsitzende der JN ist, fungiert nun als stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverband Borken. Zugezogen ist er aus Mecklenburg-Vorpommern, wo er stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Greifswald war. Die Agitation scheint indes in der neonazistischen Polit-Szene Widerhall zu finden. Mittlerweile ruft ein breites Bündnis aus NPD-Verbänden, diversen „Freien Kameradschaften", unter anderem aus Dortmund und dem Hochsauerland, die Zeitung „Freiheit Wattenscheid" sowie die Gruppierung „Ruf der Freiheit – Süddeutschland" auf, am 13. März 2004 nach Bochum zu kommen. Es steht zu befürchten, dass auch dieses Verbot der Stadt auf dem gerichtlichen Wege revidiert wird, so dass der Marsch gegen die Synagoge stattfinden kann.

Der Spaltpilz geht um

Die NPD in Berlin und Brandenburg befindet sich in der Krise.

Von Anna Ihme

Nachdem der gebürtige Bosnier und deutsche Staatsbürger Safet Babic im Oktober letzten Jahres vom Bundesparteitag als NPD-Kandidat zu den Europawahlen aufgestellt worden war, löste sich nun am 16. Januar 2004 der sehr aktive NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin auf. Außerdem verließ der brandenburgische Landesvorsitzende Mario Schulz zusammen mit vier weiteren Vorstandsmitgliedern des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, darunter auch der Wittstocker Stadtverordnete Mathias Wirth, die Partei. Streitpunkt innerhalb der NPD und ihrer Anhängerschaft ist derzeit die - so Bundesvorstandssprecher Klaus Beier - „gegenwartsbezogene Entscheidung" der NPD, sich rechtsextremen Kräften nichtdeutscher Herkunft zu öffnen.

Mario Schulz erklärte, die NPD habe dadurch ihr Existenzrecht verloren und reihe sich „bei den Feinden unseres Volkes [ein]". Sie verabschiede sich „vom Grundsatz ‚Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist'", der dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920 entstammt. Dort hieß es: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." Schulz, damit in direkter Tradition zur NSDAP stehend, und Mathias Wirth wollen ihre Kommunalmandate behalten. Sie firmieren zukünftig als Vertreter der Ende Januar als bundesweite Organisation gegründeten „Bewegung neue Ordnung" (BNO), die als ein Auffangbecken für die aggressiveren, die NPD verlassenden Parteimitglieder dienen kann. Schließlich kam es bereits seit dem Ende des Verbotsverfahrens im März vergangenen Jahres immer wieder zu Austritten, allen voran Horst Mahler, der in der NPD eine „Systempartei" gesehen hatte. Bundesweit sank seitdem die Zahl der NPD-Mitglieder von 6 500 auf 5 000, in Berlin von 260 auf 200 sowie in Brandenburg auf unter 200 Parteigänger.

Wie viel Einfluss die NPD in der rechten Szene tatsächlich verliert, bleibt abzuwarten. Zunächst soll das für 180.000 Euro neben der NPD-Bundeszentrale in Köpenick erbaute Schulungszentrum für Funktionäre aus ganz Deutschland, so Beier, im April oder Mai eröffnet werden. Außerdem hat die NPD für den diesjährigen 1. Mai eine Großdemonstration in Berlin angemeldet, zu der bis zu 3.000 Teilnehmer erwartet werden, stark unterstützt von einer ganzen Reihe „Freier Kameradschaften" und dem Bundesvorstand der „Deutschen Partei".

„Nicht richtig deutsch genug"

Vermehrt finden rassistisch motivierte Angriffe auf SpätaussiedlerInnen in Thüringen statt, wie die Chronik der Beratungsstelle ABAD belegt.

Von Uwe Schubert & Martina Renner

Zunehmend werden Menschen aus Osteuropa in Thüringen Opfer rechtsextremer Gewalt. So verweist die Chronik der Beratungsstelle ABAD schon im November letzten Jahres auf entsprechende Angriffe in der westthüringischen Kleinstadt Ohrdruf, in der Wochen zuvor nicht nur ein Neonazi-Sprengstofflabor ausgehoben wurde, sondern sich bereits seit Jahren rechtsextreme Gewalttaten häufen. Anfang Februar wurden im nahegelegenen Gotha zwei Spätaussiedler von einer Gruppe Rechtsextremer beschimpft, geschlagen und am Boden liegend getreten. Die angeblich schlechten „Deutschkenntnisse" der Betroffenen sollen den Tätern Anlass für diese rassistischen Angriffe geliefert haben.

Tödlich endete im ostthüringischen Gera für Oleg V. das Zusammentreffen mit vier jugendlichen Männern. Am 21. Januar wurde seine Leiche in einem kleinen Wäldchen im Geraer Stadtteil Bieblach gefunden. Er war von seinen Mördern an den Tatort bestellt worden und dort mit Tritten, Messerstichen und Hammerschlägen gemeinschaftlich ermordet worden. Vorausgegangen war ein Streit zwischen Opfer und Tätern, in dessen Verlauf das spätere Opfer die Täter beleidigt haben soll.

Die 14-, 16-, 18-, und 19-jährigen Täter waren in der Vergangenheit durch diverse Gewaltdelikte in Erscheinung getreten und sympathisieren nach Aussage von MitschülerInnen und BewohnerInnen des Stadtteiles eindeutig mit der rechtsextremen Szene. Auch die Staatsanwaltschaft Gera schließt einen rassistischen Hintergrund nicht aus, wie deren Sprecher dem Berliner Tagesspiegel sagte.

Dagegen bezeichneten Polizei und Stadtoffizielle den Tathergang unisono als tödliche Auseinandersetzung unter Zechkumpanen. AnwohnerInnen und die örtliche Antifa standen von Beginn an dieser Version skeptisch gegenüber. Nachfragen im Wohnumfeld der Täter erhärteten die Vermutung, dass das Motiv für den Mord in der Herkunft des Opfers und der politischen Orientierung der jugendlichen Täter zu suchen sei.

Gera besitzt eine zentrale Funktion im Gefüge der Skinheadmusikszene und Angehörige der örtlichen Kameradschaft stecken No-Go-Areas für MigrantInnen und politisch Andersdenkende im Stadtgebiet ab. Daneben betreiben Neonazis relativ unbehelligt Läden, Versandhandel und Plattenlabel. Seit Jahren macht das lokale Bündnis gegen Rechts und die Antifa auf diese Entwicklung aufmerksam. Anfeindungen gegenüber diesen Gruppen erreichten im Zusammenhang mit dem Mord an Oleg V. einen traurigen Höhepunkt. Nicht die nach bisherigen Informationen rassistisch motivierte „Hinrichtung" des jungen Mannes wurde zum politischen Thema, sondern die Solidarität mit Opfer und Angehörigen und eine öffentliche Diskussion der politischen Hintergründe wurden an den Pranger gestellt.

Es steht zu befürchten, dass dieses Klima auch in den nächsten Wochen eine ernsthafte und offene Auseinandersetzung mit den Umständen des Mordes verhindert.



In den Fußstapfen der NS-Vorbilder

Die Neonazis werden am 1. Mai in Berlin und Leipzig auf Aufmärschen die Idee der Volksgemeinschaft propagieren und damit deutlicher als zuvor in der Öffentlichkeit für nationalsozialistische Ideen werben. Sie knüpfen unverhohlen an die drastischen Verschlechterungen der Lebensverhältnisse zahlreicher Erwerbsloser und Beschäftigter an.

Von Raimund Hethey

Vor dem Hintergrund einer Entsolidarisierung der Gesellschaft, die von der rot-grünen Bundesregierung unter dem Druck von Kapitalinteressen forciert wird, greifen Neonazis verschiedenster Organisationen Existenznöte der Menschen auf, um verschärft gegen AusländerInnen, JüdInnen, die parlamentarische Demokratie und die Europäische Union zu hetzen. Sie verherrlichen die von der bürgerlichen Ideologie abgekupferte Ideologie der „völkischen Gemeinschaft" der Nationalsozialisten und die vermeintlichen Heldentaten der „Deutschen Wehrmacht", beklagen die „Deutschen" als „Opfer" des zweiten Weltkriegs und gewinnen dabei immer mehr Platz im öffentlichen Leben.

Volksgemeinschaft und nationaler Sozialstaat

Nach dem rasanten Anstieg von Teilnehmerzahlen an neonazistischen Aufmärschen wie dem Hess-Gedenkmarsch im August 2003 oder dem Trauermarsch zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 2004 sowie an dem Pressefest der NPD 2003 im sächsischen Meerane kann am 1. Mai mit der Teilnahme einiger Tausend Neonazis gerechnet werden. Die Hauptaktionen werden in Berlin und Leipzig stattfinden. Zum Aufmarsch in Berlin ruft wie im letzten Jahr die NPD auf. Der „freie Nationalist" Thomas Wulff soll als Co-Veranstalter für eine ordentliche Beteiligung der militanteren „freien Kameradschaften" sorgen. Sein ehemaliger Kampfgefährte Christian Worch organisiert zusammen mit der „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" (BdVG) und der JN-Abspaltung aus Berlin-Brandenburg einen Aufmarsch in Leipzig. Während der Aufruf der NPD ziemlich allgemein gehalten für eine Volksgemeinschaft gegen die Globalisierung appelliert, orientiert Worch mit seinen Truppen auf eine „Volksgemeinschaft" mit Sozialstaatsgedanken, in der Absicht an den allgemeinen Unmut gegen Agenda 2010, Hartzgesetze, Rürupkommission, Steuerreform und Rentenkürzungen anzuknüpfen und den Widerstand dagegen für völkisch-nationalistische Lösungen zu gewinnen. In seinem Pamphlet „Aufruf der `Initiative für Volksgemeinschaft und Sozialstaat´", das wesentlich umfangreicher als der NPD-Aufruf gehalten ist, macht Worch deutlich, in welche Fußstapfen er am liebsten treten möchte, in die vom SA-Mitbegründer Gregor Strasser. Damit positioniert sich Worch deutlich gegen den Hitlerismus, der für die NPD und die „freien Kameradschaften" um Thomas Wulff weiterhin eine Option darstellt.

Auf den Spuren der SA

Die auf historische Traditionslinien basierende ideologische Spaltung der heutigen Neonazis schließt eine Zusammenarbeit der augenblicklichen Flügel nicht aus. Der deutsche Faschismus war vor seinem Machtantritt sehr facettenreich, auch in der Annahme bei Wahlen eine

größere Klientel ansprechen zu können. Die Palette der propagandistischen Aussagen des Worch-Papiers enthält einen allgemeinen Verratsvorwurf an die demokratischen Parteien, wobei wie beim historischen Faschismus der Parlamentarismus gemeint ist, einen Appell, der sich gegen die „Zinsdiktatur" (historisch: Zinsknechtschaft) richtet, Forderungen nach Schaffung von Arbeitsplätzen für Deutsche und die Auflösung der supranationalen Europäischen Union, samt ihrer Einheitswährung. Die Neonazis um Worch sind nur vordergründig gegen den Kapitalismus, den sie geistesgeschichtlich ableiten, um den Judaismus für das Aufkommen des Kapitalismus verantwortlich zu machen.



Teilnehmer des NPD-Aufmarsches unter dem Motto „Sozialabbau nicht mit uns" am 13.6.1998 in Anklam, Mecklenburg-Vorpommern

„Geregelte Marktwirtschaft" als Heilsbringer

Der Kapitalismus wird nicht näher bestimmt, sondern allgemein als „Unordnung" bezeichnet. Positiv besetzt ist der Begriff der „Marktwirtschaft", hier mag Worch an Bündnispartner aus mittelständischen Organisationen gedacht haben. Kapitalismus wird als „Geldherrschaft" und „geistiges Verbrechen" denunziert und die „Herrschaft des Geldes" in bekannter Manier eines Gottfried Feder und Gregor Strasser, dessen Schrift „Geist der Wirtschaft" ausführlich zitiert wird, als „Plutokratie" bezeichnet. Die „Herrschaft des Geldes über die Politik" hat sich nach Vorstellung des Worch-Papiers aus dem „Judaismus" entwickelt. Als glaubwürdige Autoritäten beziehen sich die Verfasser auf die Schriften von Werner Sombart und Max Weber, aus denen sie ihre Ablehnung des Kapitalismus als bloße „Geisteshaltung" begründen. Sie selber machen sich für eine „geregelte Marktwirtschaft" im „Geiste" der „Volksgemeinschaft aller Deutschen" stark, die nur durch eine „Autorität in Freiheit" erreicht werden kann. Die abschließende Forderung nach einer neuen „Rangordnung der Werte" ist bewusst allgemein und schwammig gehalten, um möglichst viele gleich- und ähnlichgesinnte Kräfte an eine „neue politische Ordnung, gehorchend dem Prinzip des Nationalstaates mit einer gesunden VOLKSGEMEINSCHAFT - gegen die furchtbare Unordnung, in die der Kapitalismus unsere Heimat getrieben und uns unserer Arbeit entfremdet und enteignet hat" zu binden.

Eher plump als geschickt wirkt das Worch-Papier bei der Übernahme des Verratsvorwurfs an die Sozialdemokratie, der von den Kommunisten in den zwanziger Jahren erhoben wurde. Heuchlerisch ist der Bezug auf Mahatma Ghandi und die Anknüpfung an die Parolen der „friedlichen Revolution" von 1989/90 ist wohl eher der Bevölkerung in Leipzig geschuldet, wo der 1. Mai-Aufmarsch stattfinden soll.

Volksgemeinschaft versus Globalisierung

„Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn" und „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre" sind die zentralen allgemein gehaltenen Aussagen der NPD und der „freien Nationalisten", die zu einem 1. Mai-Aufmarsch in Berlin aufrufen. Die Verfasser des Aufrufs geben vor, für eine Geschlossenheit des „nationalen Widerstands" einzutreten und berufen sich darauf, „erstmalig nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren gemeinsam eine zentrale Veranstaltung zum Tag der deutschen Arbeit am 1. Mai zu organisieren." Als ihr Hauptanliegen formulieren sie: „Im Zeitalter von nationalem Selbsthaß, Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit, systematischem Zerfall unserer Sozialsysteme, Verausländerung, EU-Osterweiterung und drohendem Beitritt der Türkei mit all den dramatischen Folgen für uns Deutsche wird deutlich: Es liegen große Aufgaben vor uns. Für alle Deutschen, die auch in Zukunft Deutsche sein wollen, ist Widerstand Pflicht! Mobilisiert daher alle - Der 1. Mai ist und bleibt der Kampftag für alle deutschen Arbeiter der Faust und der Stirn." Schließt der Appell der NPD und ihrem Anhang mit „Heraus zum 1. Mai nach Berlin!" so fordert Worch „Heraus zum deutschen 1. Mai nach Leipzig!" Der Kampf um den Status der „wahrhaft Deutschen", wie Lion Feuchtwanger die Nationalsozialisten in seinem immer noch sehr lesenswerten Roman „Erfolg" bezeichnete, wird der Veranstalter gewinnen, der die meisten Anhänger mobilisieren kann. Beiden Aufrufen ist der deutliche Bezug auf den historischen Nationalsozialismus gemeinsam. Mit der Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens haben die Verantwortlichen den Neonazis Tür und Tor geöffnet und im Sog der Niederlage der rot-grünen Regierungskoalition wird bei sinkender Wahlbeteiligung die eine oder andere der 14 Wahlen im Jahre 2004 auch Achtungserfolge für Neonazis bringen, was deren „außerparlamentarische" Flügel als Aufforderung zu weiteren kriminellen Aktionen gegen AusländerInnen und sozial Schwächere sowie politisch Andersdenkende verstehen könnten. Es herrscht eine gespannte Ruhe im Land.

Lesertreffen „Zeitenwende"

Der neoheidnische Verlag „Zeitenwende" (Dresden) veranstaltet vom 26. bis 28. März an einem bislang noch geheimen Ort sein 20. Lesertreffen. Auf dem Programm steht laut Ankündigung das Thema „Identität". Szenebekanntester Referent der Tagung ist Claus-M. Wolfschlag, ständiger Autor der „Jungen Freiheit". Sowohl der Verlag „Zeitenwende" als auch der Vertriebsdienst werden vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft, da in Schriften des Verlages „ablehnende Äußerungen zu den Menschenrechten" und ein „Plädoyer für ein neues Reich veröffentlicht" werden. Buchautor des Verlages ist u.a. der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub. Eine enge Kooperation pflegt der Verlag mit den neurechten „Europäischen Synergien". Ziel von „Synergon" ist Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge „die Überwindung der demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung zu Gunsten eines organisch-hierarchischen Gesellschaftsmodells." Geschäftsführer von „Zeitenwende" und Leiter von „Synergon" ist Sven Henkler.

Letzter Strohhalm Schulterschluss?

Von den ideologischen Brüchen innerhalb der Neonazi-Szene in Bezug auf die Mobilisierung für den 1. Mai

Anders als die Jahre zuvor planen NPD und sog. „freie Kräfte" in diesem Jahr nur einen zentralen Aufmarsch in Berlin durchzuführen. Scheiterte ein gemeinsamer Aufmarsch bisher an den Differenzen zwischen den Kameradschaften und der NPD, verlaufen die Streitigkeiten diesmal eher quer durch die Reihen.

Von Falco Schuhmann

So hat der Hamburger Neonazi Christian Worch für den gleichen Tag eine Demonstration mit der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) in Leipzig angemeldet. Während für die Demonstration in Berlin als offene Bündnisdemo mobilisiert wird, richtet sich die Demo in Leipzig eher an den offen völkisch orientierten Teil der Szene. Das brisante daran ist, dass zusammen mit Christian Worch auch die ehemalige Führungsriege der JN Berlin/ Brandenburg mit nach Leipzig aufruft, während mit Thomas Wulff und Ralf Tegethoff zwei prominente „Freie Nationalisten" nach Berlin mobilisieren.

Sah es lange Zeit so aus, als würde die Mobilisierung von Worch nur in einem kleinen Teil der Szene fruchten, so hat sich das Blatt durch die de facto Abspaltung der JN Berlin/Brandenburg gewendet. Deshalb kommt es diesen 1. Mai zu der paradoxen Situation, dass ein Großteil der JN-Aktivisten aus Berlin und Brandenburg nicht in Berlin demonstrieren wird sondern in Leipzig. Es sind nämlich genau die bisher hier aktivsten JN Anhänger, die der Partei den Rücken kehrten und sich in der neugegründeten „Bewegung neue Ordnung" (BNO) gesammelt haben. Mit dieser der BDVG nahestehenden Organisation mobilisieren sie nun nach Leipzig. Zu den Aufrufern gehören neben Christian Worch auch der ehemalige JN Landesvorsitzende Baden-Württembergs, Lars Käppler, und Jens Pakleppa aus Teltow (ehemals JN-Bundesvorstand und JN-Landesvorsitzender Brandenburg).



1. Mai-Aufmarsch 2003 in Berlin

Die Mobilisierung der NPD nach Berlin geht währenddessen unvermindert weiter. Geworben wird hauptsächlich über das Internet, koordiniert vom NPD Bundesvorstand und dem Aktionsbüro Norddeutschland. Für den NPD Bundesvorstand werden der Parteivorsitzende Udo Voigt und sein Stellvertreter Holger Apfel als Redner auftreten. Die „freien Nationalisten" schicken Thomas Wulff (Aktionsbüro Norddeutschland) und Ralf Tegethoff (Kameradschaft Rhein Sieg) ins Rennen. Auf der Unterstützerliste finden sich neben fast allen NPD-Landes- und Kreisverbänden auch diverse Kameradschaften und Internetprojekte aus dem Kameradschaftsspektrum wieder. Selbst die NPD-Landesverbände Berlin und Brandenburg sind weiter aufgelistet, obwohl bezweifelt werden darf, dass diese überhaupt noch über arbeitsfähige Strukturen verfügen.

Inhaltlich ähneln sich beide Aufrufe nur im Demonstrationsmotto. Heißt es in der Mobilisierung zu Leipzig: „Deutsch bleibt das Land! Für Volksgemeinschaft & Sozialstaat!", so fährt man nach Berlin unter der Losung „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!". Während der Aufruf nach Leipzig eine klar nationalsozialistische Sprache spricht und eine „gnadenlose Sozialdemagogie" einfordert, befasst sich der NPD-Aufruf nur mit dem Fakt der Zusammenarbeit zwischen Partei und Kameradschaften. Es wird auf die großen Mobilisierungserfolge des NPD-Pressefestes und des Aufmarsches in Wunsiedel verwiesen und eine neugeschaffene Gemeinsamkeit aller Spektren des nationalen Lagers beschworen. Vor dem Hintergrund des aktuellen Konfliktes in der NPD/JN zwischen nationalsozialistischen Hardlinern und altgedienten Parteiaktivisten wirkt dieser Aufruf aber eher flehend als kämpferisch.

So darf ernsthaft bezweifelt werden, ob es diesmal gelingt wirklich nur eine große Mai-Demonstration zu organisieren, die wirklich das ganze Spektrum der extremen Rechten anspricht. Eher ist zu erwarten, dass die Grabenkämpfe mit unvermittelter Härte weitergeführt werden. Diesmal jedoch nicht nur an eher organisatorischen Konfliktlinien wie die letzten Jahre, sondern auch an klaren inhaltlichen und Ideologiefragen. Christian Worch kann das nur recht sein, da er schon seit langem offensiv versucht einen Keil zwischen Kameradschaften und NPD zu treiben. So heisst es in einer Stellungnahme von ihm: „Gerade WEIL ich davon überzeugt bin, daß dabei unter der jetzigen NPD-Führung nicht viel herauskommen kann, ist es mir auch recht, wenn Leute nach Berlin fahren und dann hinterher feststellen, daß die Zusammenarbeit ihnen nicht bringt, was sie davon erhoffen".

Gegen Emanzipation und internationale Solidarität - Der 1. Mai 1933

Von Raimund Hethey

Der erste Mai, seit 1891 der „Fest- und Demonstrationstag für internationale Solidarität, Kampftag für den Achtstundentag“, wurde als Gelegenheit zur Massenmobilisierung von den Nationalsozialisten aufgegriffen und bereits 1933 in einen „feierlichen Staatsakt“ umgewandelt, in dem die gesamte Bevölkerung aufgerufen war, ihre Verbundenheit mit dem neuen Regime zum Ausdruck zu bringen [vgl. Völkischer Beobachter vom 23./24.4.33., 3. Beiblatt]. Zwar waren 1933, eingeteilt in Kolonnen der S.A., der S.S. und anderer Nationalsozialisten, noch geschlossene Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vertreten, aber die Feier war bereits fest in der Hand der Nationalsozialisten, bzw. des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda als dem für die Durchführung Verantwortlichen. Das amtliche Programm für die „Feier der Arbeit“, das im „Völkischen Beobachter“ vom 28.4.1933 auf der Titelseite abgedruckt wurde, trug den sarkastisch anmutenden Untertitel „So wird das neue Deutschland seine Arbeiter ehren“. Es enthielt die Skizze der Marschrouten der „zehn Marschsäulen“ und das Übertragungsprogramm der Veranstaltungen im Rundfunk. Ein Vergleich sozialdemokratischer und nationalsozialistischer Festprogramme zeigt, dass der formale Rahmen der Maifeiern von den Nationalsozialisten kaum verändert übernommen wurde. Der Tag gliederte sich in Morgen-, Nachmittags- und - als krönender Gipfel - Abendveranstaltungen mit politischen Reden, kurzen Aufführungen, Musikeinlagen usw.. Auch die Tradition des Festumzugs wurde beibehalten, gegebenenfalls um einen Fackelzug auf dem Rückmarsch erweitert. Offiziell wurde sogar mit dem Namen - Tag der nationalen Arbeit - an die Arbeitertradition angeknüpft, aber das Festprogramm trug in der minutiösen Planung, in der Musikauswahl und in der Auswahl der aktiv am Programm beteiligten Gruppen einen stark militärischen Stempel. In seiner Rede zum 1. Mai 1933 propagierte Hitler die Idee der Volksgemeinschaft: „Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen! Die Millionen Menschen, die in Berufe aufgeteilt, in künstlichen Klassen auseinandergehalten worden sind, die, vom Standesdünkel und Klassenwahnsinn befallen, einander nicht mehr verstehen können, sie müssen wieder den Weg zueinander finden! Eine ungeheure, gewaltige Aufgabe – wir wissen es! Wenn 70 Jahre hindurch der Wahnsinn als politische Idee vertreten und gepredigt wurde, wenn 70 Jahre lang die Zerstörung der Volksgemeinschaft politisches Gebot war, dann ist es schwer, mit einem Schlage den Sinn der Menschen wenden zu wollen. [...] Wir wollen gehen zum Arbeiter und zum Bauern, um sie zu belehren, daß es ohne deutschen Geist kein deutsches Leben gibt, daß sie alle zusammen eine große Gemeinschaft bilden müssen: Geist, Stirn und Faust, Arbeiter, Bauern und Bürger.“ Die gesellschaftliche Funktion der nationalsozialistischen Propaganda gerade zum 1. Mai ergab sich aus dem objektiven Widerspruch zwischen der bäuerlich-kleinbürgerlichen Massenbasis des Faschismus und der militaristisch-imperialistischen Zielsetzung bestimmter Fraktionen des Großkapitals (Schwerindustrie, Elektro- und chemische Industrie, Großbanken). Der faschistischen Propaganda kam die Aufgabe zu, die unüberbrückbaren Gegensätze zu verschleiern. Das sollte über den Prozess der Rückbildung politischen Bewusstseins und die Bekämpfung jeder Ideologie geschehen, die Emanzipation praktisch verwirklichen will.



Karikatur aus: Der Gegenangriff. Antifaschistische Zeitschrift Nr.3 vom 1. Juni 1933, S.1

1933 versammelten sich zum ersten Mal in der Geschichte auf dem Tempelhofer Feld anderthalb Millionen Menschen. Franz Jung beschreibt die Rolle der Gewerkschaften und die Wirkung der Maifeier auf die Gewerkschaftsmitglieder. „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte die ihm angeschlossenen Freien Gewerkschaften angewiesen, sich geschlossen und in möglichst großer Zahl an dem Aufmarsch zu beteiligen. Das taktische Ziel mag gewesen sein, den neuen Machthabern den guten Willen zur Zusammenarbeit zu zeigen, zugleich mit der Hoffnung, die Regierung wird die Gewerkschaften am Leben lassen; der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, hatte sich Hitler zur Verfügung gestellt.

So sind an diesem Tage die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, die gewerkschaftliche Elite der deutschen Arbeiterschaft, auf dem Tempelhofer Feld marschiert, eingestreut zwischen den SA- und SS-Standarten von Groß-Berlin, der Hitler-Jugend, den Ortsgruppenführern, Blockwarten, dem Bund Deutscher Mädchen, dem Nationalsozialistischen Reiter-Sturm, dem NS-Kraftfahrer-Korps, dem NS-Flieger-Korps und der NS-Frauenschaft - sind marschiert die Berufsgruppe Metall in etwa 20 Teilkolonnen, die Berufsgruppe Verkehr mit den Eisenbahnern, den Omnibusschaffnern und den Taxichauffeuren, die Berufsgruppe Papier und Druck, Chemische Industrie, Textil, und die Großbetriebe in für sich geschlossenen Kolonnen unter Führung der NS-Betriebs-Organisation, die Siemens AG, die Borsig-Werke, die Knorr-Bremse und die AEG und einige Dutzend andere, marschiert sind die Angestellten der städtischen Betriebe, der Banken, der Versicherungsgesellschaften und der Warenhäuser. Der nasse Dreck auf den Straßen flog nach rechts und links, vorwärts! - mit Trommeln und Pfeifen, Schalmeien und Marschtrompeten --- Sie sind marschiert, die Angst im Nacken und bereits die Hosen voll --- Sieg Heil!“ [Franz Jung, Der Weg nach unten, S.615f.] Laut Beschluss des Bundesausschusses des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ vom 19. April 1933 begrüßten die Gewerkschaften „den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der

schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen." Nur mit Zustimmung der Gewerkschaftsspitze war es also den Faschisten gelungen, Menschen auf einen Platz zu einer geschlossenen Versammlung zusammenzubringen, die sich zuvor bis aufs Messer tödlich bekämpft hatten. Einen Tag nach den „Maifeiern" wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Arbeiterorganisation zerschlagen. Die Zerschlagung war am 21. April beschlossen und in einem Rundschreiben von Robert Ley bis an die untersten Parteiorganisationen unter dem Schlagwort „Gleichschaltungsaktion" weiter geleitet worden. Nach der Verfolgung der Kommunisten auf Grundlage der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar, dem „Ermächtigungsgesetz" vom 23. März zur Auflösung des Parlamentarismus, der Anordnung der NSDAP-Parteileitung vom 28. März „über den Judenboykott" machte der 1. Mai 1933 noch einmal deutlich, was die deutschen Faschisten unter „Volksgemeinschaft" verstehen.

Immer wieder montags...

Gegen Sozialabbau mit Neonazis – die Metamorphose einer emanzipatorischen Idee

Dass organisierte Neonazis immer wieder versuchen, gesellschaftlich relevante Debatten aufzugreifen und im Erscheinungsbild des Kämpfers für die „kleinen Leute" Punkte zu sammeln, ist nicht neu. Auch nicht neu, jedoch immer wieder aufs Neue überraschend ist, dass ihnen dabei auch noch der Weg geebnet wird.

Von Peter Conrady

Ein regnerischer Montagabend in Dresden, 1. Dezember 2003, Innenstadt. Ein „Dresdner Aktionsbündnis Gemeinsam gegen Sozialkahlschlag", bestehend aus diversen Gruppierungen von MLPD, DGB und IG Metall bis hin zu Grauen Panthern, hatte dazu aufgerufen, den Protest gegen den geplanten Sozialabbau der Bundesregierung auf die Straße zu tragen. Dem Aufruf folgte ein recht seltsam anmutendes Konglomerat von selbsternannten „Modernisierungsverlierern" jedweder Couleur. Die Verschwörungstheoretiker der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (Büso) verteilten Flugblätter, andere Verschwörer einer Freizinsgruppierung „AG Natürliche Wirtschaftsordnung" waren gar unter den Einladenden. Nur vereinzelt anwesende GewerkschafterInnen und BürgerInnen konnten den Gesamteindruck nicht prägen. Wie schon zuvor im Internet angekündigt, versuchten sich außerdem einige Neonazis aus Dresden unter die etwa 100 Anwesenden zu mischen - darunter führende Aktivisten der „Freien Kräfte" wie auch des „Nationalen Bündnisses". AntifaschistInnen konnten dies jedoch trotz fehlender Unterstützung seitens der DemonstrantInnen verhindern.

Eine Woche später hatten die Nazis die Zeit genutzt und weiter mobilisiert. Sie stellten nun mit ca. 20 Personen knapp ein Fünftel der Demonstration und konnten ihr sogar ein eigenes Transparent vorantragen. Die ursprünglich emanzipatorische Demo wurde mit der Werbung für die Neonazi-Homepage „Keine Agenda 2010" auf dem Fronttransparent faktisch zu einer Neonazidemonstration umfunktioniert.

Ein ähnliches Bild bot sich wiederum einen Montag später. Organisierte Dresdner Neonazis beteiligten sich ungestört an der Demonstration. AntifaschistInnen, die das kritisierten, wurden von anderen DemonstrantInnen angepöbelt und als Störenfriede hingestellt.

Im Nachhinein stellten immerhin einige Mitveranstalter klar, dass auf ihrer Demonstration Neonazis nichts zu suchen hätten und der lokale DGB-Vorsitzende Neher kündigte seine Mitarbeit im Aktionsbündnis aufgrund der wiederholten ungestörten Teilnahme von Neonazis auf.

Nichtsdestotrotz machte der Hauptaktivist und Initiator, der ehemalige Dresdner Kabarettist Manfred Wagner, unverdrossen weiter und forderte: „Linke und rechte Extremisten sollen zu Hause bleiben" - man wolle seine Ruhe haben. Andrerseits ließ er zu, dass ein Vertreter des „Nationalen Bündnis" als Redner auftreten durfte. Diese Entwicklung konnte kaum überraschen. Wagner hatte sich für die Forderung, Neonazis von der Demonstration auszuschließen, als völlig unzugänglich erwiesen. Die Neonazis konnten Flugblätter verteilen, in denen in der Diktion des Dritten Reiches zu einem „nationalen Sozialismus" aufgerufen wird und in denen gegen AusländerInnen gehetzt wurde, die die alleinigen Nutznießer des Sozialabbaus seien. Eine „nationale Volkswirtschaft" wurde als vermeintliches Gegenkonzept zur Globalisierung propagiert.

Wagner ging bei der bisher letzten Montagsdemonstration Mitte Januar noch einen Schritt weiter. Gegen den Sozialabbau müsse man „gemeinsam" kämpfen. Dabei sei es egal, ob man „Kommunist oder Nationalist" sei. Bei den Neonazis stieß er damit zwangsläufig auf offene Ohren.

Lokale BeobachterInnen gehen davon aus, dass der Charakter der Demonstrationen gleich bleiben wird, wenn sie im März fortgesetzt werden. Aufs Neue wird deutlich werden, dass sich emanzipatorischer Widerstand auch am Umgang mit Neonazis und deren Strategien messen lassen muss.

„Welt"-Redakteur beklagt „Sudeljournalismus"

Gernot Facius (Jg. 1942, CDU, Bonn), Redakteur der Tageszeitung „Die Welt" und von 1996 bis Mitte 2000 deren stv. Chefredakteur, beklagt in der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula (1/2004) „einen beängstigenden Trend zum mainstreamartigen Verdachts-, Vermutungs- und Sudeljournalismus." Als Beispiel führt er die Vorgänge um Martin Hohmann an: „Ob ‚bürgerlich' oder ‚links' - für Wochen waren die Grenzen fließend. Es bedurfte nur des Stichwortes ‚Antisemitismus' und alle Pawlowschen Hunde waren von der Kette gelassen." Facius, Unterzeichner des „Appells ‚Kritische Solidarität mit Martin Hohmann'" und Erstunterzeichner des JF-"Appells ‚Die Freiheit ist immer nur die Freiheit des Andersdenkenden'", weiter: „Die Inhaber der publizistischen Deutungsmacht, in aller Regel Multikulti-Ideologen und notorische Nationalmasochisten erwiesen sich fast durch die Bank als leseschwache, genauer: leseunwillige Ignoranten."

„Freiheit für Luni"

Solidaritätsbekundungen nach dem Urteil gegen „Landser"

Im Dezember 2003 wurden die Mitglieder der RechtsRock-Band „Landser" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB verurteilt. Die Band legte umgehend Widerspruch ein. Ein Teil der RechtsRock-Szene ist verwirrt, ob die Band-T-Shirts noch getragen werden dürfen. Andere indes solidarisieren sich auf der Straße mit dem Sänger bzw. der gesamten Band.

Von Christian Dornbusch & Annelies Senf



„Landser"-Fans erklären sich solidarisch

Bereits einen Tag nach dem Urteil verkündete das „Aktionsbündnis Mittelhessen" in einer Pressemitteilung, dass sie eine Spontandemonstration für die Berliner Band in Marburg und Kirchhain durchgeführt haben. Auch in Dortmund und Karlsruhe soll es spontane Solidaritätsaktionen gegeben haben. Kurz nach dem Jahreswechsel meldete sich schließlich Christian Worch zu Wort. Der Hamburger, der erst vor wenigen Jahren sein Herz für den RechtsRock entdeckte, solidarisiert sich mit der kriminalisierten Band und postuliert, dass das Urteil nicht nur die Band, „sondern uns alle" treffen solle.

Immerhin, in der Szene hat das Urteil durchaus für Verwirrung gesorgt. Eine Reihe von RechtsRock-Versänden hat mehr oder weniger kommentarlos sämtliche „Landser"-Artikel aus ihrem Angebot genommen. Der „Endzeit-Versand" aus Chemnitz schreibt dazu auf seiner Homepage, dass sie erst einmal die Entscheidung des Berufungsgerichts abwarten möchten. Und auch nur noch wenige Versände verkaufen CDs der Berliner. Während die „Rock gegen ZOG" kaum noch zu finden ist, führen einige noch die 2002 unter dem Bandpseudonym „Tanzorchester Immervoll" veröffentlichte Platte.

Unterdessen eröffnet sich den Unternehmern in der Szene ein neuer Markt. Ähnlich der Zeit nach dem Verbot von „Blood & Honour" werden nun Solidaritäts-T-Shirts hergestellt, die sich leicht dechiffriert auf die Berliner Band beziehen. Bei „TTV" und dem „Freiheitswille"-Versand ist ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Tanzorchester Immervoll" im Angebot, in dessen Mitte überdimensional die Zahl 129 prangt. Den Rücken eines T-Shirt im Angebot von „Front Records" ziert hingegen das Bild eines Mannes, der sich von seinen Ketten befreit. Daneben steht der Spruch: „Ihr könnt den Sänger in Ketten legen!!! Aber niemals sein Lied!!!" Deutlich zeigt sich hier, dass Teile der Szene wohlweislich mit ihrer Solidarität zwischen den einzelnen Bandmitgliedern trennen. André Mörike und Christian Wendorff verdienten sich ihre Bewährungsstrafen mit umfangreichen Aussagen über den Fall „Landser". Regener hingegen schwieg und wurde zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilte. Nun stilisieren ihn Teile der Szene zum Märtyrer, so auch ein von „Rock Nord" aus Hilden hergestelltes T-Shirt.

Unterdessen marschierten auf der von Worch angemeldeten Demonstration am 10. Januar 2004 in Berlin-Lichtenberg annähernd 500 Neonazis unter dem Motto „Weg mit dem Landser-Urteil. Musik ist nicht kriminell!". Deutlich bekundeten die Anwesenden ihre Solidarität vor allem mit Regener und forderten „Freiheit für Lunikoff", wie er mit Spitznamen heißt. Bei einer Zwischenkundgebung bewiesen dann auch die Redner Worch, Thomas Wulff und Rene Bethage ihre Solidarität mit den Verurteilten. Eine Woche später gingen im mittelhessischen Gladenbach rund 100 „Landser"-Sympathisanten auf die Straße. Angemeldet hatte die Demonstration Manuel Mann, während das „Aktionsbündnis Mittelhessen" die Mobilisierung übernahm. Allerdings kam es hier zu Auseinandersetzungen zwischen den Neonazis und der Polizei, im Zuge derer die Veranstalter die Demonstration beendeten. Das Aktionsbüro nahm den Konflikt sogleich wieder zum Anlass, um für den 21. Februar in die mittelhessische Kleinstadt unter dem Motto „Stoppt die Repression gegen den Nationalen Widerstand!" zu mobilisieren.

Die Fans der Berliner Band diskutieren indes in verschiedenen Internetforen begeistert über die neue „Landser"-CD, die kurz nach dem Jahreswechsel bei „Panzerfaust-Records" in den USA veröffentlicht wurde. Das Cover der CD mit dem Titel „Landser in English" ziert das Konterfei von Adolf Hitler sowie das Bild eines Hitler-Jungen. Allerdings singt die Band hier nicht selbst. Die CD ist eine Zusammenarbeit der internationalen RechtsRock-Bands „Intimidation One", „Radikahl", „Thora", „Death Before Dishonor", „Valhallas Patriots", „Final War" und „Might of Rage". Laut Label sind allerdings auch die Berliner an der CD beteiligt. Gedacht ist die Platte als Unterstützung für die „politischen Gefangenen" in Deutschland, als die die Mitglieder der Band „Landser" betrachtet werden.

Nach der Urteilsverkündung am 22.12.2003 prophezeite der Bundesanwalt Joachim Lampe, dass das Urteil „Pilotfunktion" haben werde. Dementsprechend befürchtet die neonazistische Szene, dass nach „Landser" nun weitere Bands bedroht sind. Der Prozess gegen die Dortmunder Band „Oidoxie" sowie gegen „Race War" aus Schwäbisch-Gmünd steht noch aus. Und allem Anschein nach ist auch die Gruppe „Stahlgewitter" ins Blickfeld der Fahnder gerückt. Doch nichts desto trotz machen die RechtsRocker weiter. Zum Jahresende 2003 erschien unbeeindruckt vom Verfahren gegen die Berliner Band die Debüt-CD der hessischen Band „Kommando Freisler" mit dem Titel „Geheime Reichssache". Für Begeisterung sorgt die offen neonazistische Band bei den Fans vor allem mit ihrer Neu-Interpretation des Horst-Wessel-Liedes.

Im Schatten des Kyffhäusers

Die politischen Aktivitäten des Enrico Marx

Für den im sachsen-anhaltinischen Sangerhausen lebenden neonazistischen Aktivisten Enrico Marx war der 19. Dezember 2003 ein schwarzer Freitag. An diesem Morgen durchsuchten LKA-Beamte seine Wohnung. Mit dem Vorgehen machte die Polizei einmal mehr deutlich, dass Enrico Marx für das Netzwerk der rechten Szene von wichtiger Bedeutung ist.

Von Jan Raabe & Christian Grünert

Beschlagnahmt wurden wegen des Verdachts der Volksverhetzung rund 3.000 CDs, des auf dem hauseigenen Labels „Barbarossa-Records" erschienen Samplers „Klänge der Bewegung". Dazu kamen diverse Computer und Vorlagen für die gerade von Marx erstellte zwölfte Ausgabe der Szenezeitschrift „Ostara". Am gleichen Abend löste die Polizei auf dem Gelände seines Grundstückes eine angebliche Geburtstagsparty unter dem Vorwurf des illegalen Schankbetriebes auf. Marx wurde wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und versuchter Körperverletzung in Arrest genommen.

Seine Aktivitäten lassen sich bis Mitte der 1990er Jahre zurückverfolgen. Damals versuchte er unter dem Namen „Ostara" eine regionale Kameradschaft zu gründen. Dieses Unternehmen misslang jedoch zunächst. Statt dessen schuf er sich mit der Herausgabe eines Fanzines gleichen Namens, das bisher in elf Ausgaben erschien, eine publizistische Plattform. Das Fanzine entwickelte sich vom kopiertem A5 Heftchen zu einem gedrucktem Magazin im A4-Format mit Vierfarbcover. Doch die Inhalte blieben vom Layoutwandel unberührt. Neben Interviews mit einschlägigen RechtsRock-Bands, wie „Balmung", „Eugenik" oder „Nordfront" und Konzertberichten, finden sich immer wieder Artikel, die Personen des NS verherrlichen. Portraitiert wurden u.a. die Fliegerin Hanna Reitsch, der Kommandeur einer SS-Panzerdivision, Theodor Eicke oder Rudolf Hess. Artikel zu „germanischer" Kultur oder zur Bedeutung der Runen gehören zum Standardprogramm. Das Fanzine beschränkt sich jedoch nicht auf die geschichtliche Retrospektive. Ausführlich werden neonazistische Organisationen vorgestellt, finden sich Berichte von Aufmärschen und Veranstaltungen. Auch Anleitungen für die Anti-Antifa-Arbeit fehlen nicht.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Gefangenenbetreuung. Kein Heft, in dem nicht über inhaftierte Nazis berichtet wird, diese selbst zu Wort kommen oder zur Solidarität mit ihnen aufgerufen wird. Mehrfach organisierte der Zineherausgeber Veranstaltungen, deren Erlös, zwischen 400 und 2.800 DM, der HNG gespendet wurden. Im Jahr 2002 meldete Marx eine Demonstration unter dem Motto „Solidarität mit nationalen Gefangenen" in Eisenach an.

Marx ging mit seinem Heft auch auf neuere Entwicklungen in der rechten Jugendkultur ein. Erstmals fand sich in der Doppelausgabe 7/8 seines Fanzines als Beilage das Magazin „Doppelblitz", das sich dem rechten Teil der Black-Metal-Szene widmete. In den nachfolgenden Heften war dieses Thema weiter präsent, sei es durch Aufrufe zur Solidarität für den Inhaftierten Hendrik Möbus oder durch die Vorstellung der „Allgermanischen Front", einer heidnischen Black-Metal-Organisation. Wegen der ausschnittweisen Abbildung eines Hakenkreuzes wurde die Nr.5 des Ostara eingezogen, Marx musste eine hohe Geldstrafe zahlen.

Ab 1999 ergänzte Marx seine literarischen Ambitionen durch das Heft „Bragi – Reime für Nationalisten", welches er jedoch nach wenigen Ausgaben einstellte, Reime waren nicht so gefragt. Die Fanzines blieben Marx jedoch ein besonderes Anliegen, zur besseren Vernetzung organisierte er überregionale Treffen verschiedener Fanzinemacher, um deren Vorgehen zu koordinieren.

1996 gelingt die Gründung der „Kameradschaft Ostara Sangerhausen" doch noch. Diese ist auf den Aufmärschen in Sachsen-Anhalt, aber auch im nahegelegenen Thüringen vertreten. Marx ist hierbei einer der führenden Köpfe. Die Kameradschaft organisiert ab 1998 RechtsRock-Konzerte, mit zumeist regionalen Bands wie „Dragoner", „Madcops" und „Solution". Die beiden Bands Doitschtum und Ulanen gingen aus der Kameradschaft selbst hervor. Darüber hinaus werden von der Kameradschaft ideologische Veranstaltungen, Schulungen und Aufmärsche organisiert. Wie beispielsweise der von Marx angemeldete und am 23.02.2002 unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder" durchgeführte Aufmarsch, welchen die Kameradschaft Ostara mit dem Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen organisierte. Zudem nimmt die Kameradschaft am jährlichen Fackelzug Nordhäuser Neonazis teil.

Ab Mitte 2000 rief Marx in diversen Szeneblättern, wie den HNG-Nachrichten zu Spenden für ein „nationales Projekt" auf. Es ging um den Ausbau und die Renovierung eines 8-Familienhauses, welches künftig „sozial schwachen nationalen Familien" zur Verfügung gestellt werden sollte.

Im Jahr 2002 nutzte Marx seine weitreichenden Szenekontakte und stieg in das Versandgeschäft mit RechtsRock-CDs ein. „Barbarossa Records" öffnete seine Tore. Was mit einer kopierten Versandliste begann, ist inzwischen mit einem Internetshop und dem gleichnamigen CD-Label ein professioneller und bedeutender RechtsRock-Versand. Vor zwei Jahren erschien mit der Band „Udainsakr" die erste CD des Labels. Dabei handelt es sich um eine regionale Band, die eine Mischung aus RechtsRock und Blackmetal spielt. Im vergangenen Jahr erwarb Marx in Sotterhausen bei Sangerhausen eine ehemalige Gaststätte, die inzwischen seinen Aktionsmittelpunkt bildet.

Auch wenn die öffentlichen Aktivitäten der Kameradschaft Ostara merklich zurückgegangen sind, bleibt Enrico Marx mit dem Ensemble aus Versand, Fanzine, Label und regionalem Treffpunkt für Neonazis, ein bestimmender Faktor für die Szene der Region zwischen Sachsen Anhalt und Thüringen. Das Strafrecht erwies sich übrigens wieder als stumpfe Waffe: Der beschlagnahmte Sampler „Klänge der Bewegung" wurde Anfang Februar zum Verkauf freigegeben.

Landser ohne Ende

„Die Überraschung des Jahres ist perfekt...", so kündigte „PC-Records" aus Chemnitz am 16. Februar diesen Jahres das Erscheinen der CD „Die Rückkehr des Unbegreiflichen..." an. Zeitgleich vermeldeten viele bundesdeutsche RechtsRock-Versände das Ereignis. Das „Unbegreifliche" an dieser CD ist, dass sie von dem erst im vergangenen Dezember zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilten „Landser"-Sänger Michael „Lunikoff" Regener eingespielt wurde. Unterstützt wurde er bei den Aufnahmen von einer noch unbekannten Band. In der Szene wird die gerade ausgelieferte CD schon eifrig gefeiert, teilweise als „das CD-Ereignis dieses Jahrzehnts". Allerdings wird bezweifelt, ob die CD trotz anwaltlicher Prüfung lange legal erhältlich sein wird.

Ausreiseverbote für RechtsRock-Band

Nachdem der Berliner Band „Spreegeschwader" um deren Sänger Alexander Gast schon einmal im Jahr 2002 die Ausreise zu einem Konzert ins Ausland verboten wurde, geschah dieses in letzter Zeit gleich zweimal. Das durch das Landeseinwohneramt verhängte und durch Beamte des LKA überbrachte Ausreiseverbot wurde damit begründet, dass die Auftritte der neonazistischen Band das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland in erheblichem Maße schädigen würden. Tatsächlich fanden jeweils kurz nach der Erteilung des Ausreiseverbots größere RechtsRock-Konzerte im benachbarten Ausland statt, so am 20.12.03 in Frankreich das X-Mas Konzert und am 17.01.04 in Tschechien (Brno).

„Flammenzauber" in Heldrungen

Auf dem vierten „Flammenzauber"-Festival seit 2001, das von der Internetplattform „Lichttaufe" veranstaltet wird, treten auch dieses Mal wieder Musiker und Bands auf, die dem extrem rechten Rand der Szene zugerechnet werden. Als besonderes Highlight gilt für das Festival am 19./20. März 2004 der Auftritt der Formation „Waldteufel" (USA) um Markus Wolff sowie der Gruppe „Changes" (USA), bei der Robert N. Taylor mitwirkt. In der Veranstaltungsankündigung bezeichnen die Veranstalter die Musik von „Waldteufel" als „schalkhaft-urwüchsige(n) Heiden-Folk" und jene von „Changes" als „poetische Liebeslieder", der wohl ersten „Apocalyptic-Folk Band". Dabei wird verschwiegen, dass gerade Wolff und Taylor um ihre völkischen Ambitionen keinen Hehl machen. Letzterer ist bekennender und aktiver Odinist, der seine Herkunft als auch die seiner Gefährten deutlich völkisch begründet: „Our nation is in our DNA". Einen Schritt weiter geht Wolff mit seiner Band. Er veröffentlichte 2000 auf einer Single die Vertonung eines Gedichtes aus der Feder des Nationalsozialisten und Begründers des SS-Ahnenerbes, Herman Wirth, die später auch noch einmal auf der Debüt-CD der Band „Heimliches Deutschland" veröffentlicht wurde.

Das Festival ist mittlerweile zu einer festen Institution für diese Szene geworden, zu dem normale „Grufties", völkische Fans und auch extrem rechte Kameraden anreisen. Der Aufruf der Veranstalter, doch „auf Uniformierung zu verzichten und stattdessen eine festliche Gewandung zu wählen", ist darauf bedacht, die ideologischen Hintergründe mancher Musiker als auch Fans äußerlich zu kaschieren. Erstaunlich ist an dem Festival aber vor allem, dass es nun schon zum vierten Mal auf der denkmalgeschützten Wasserburg Heldrungen stattfinden kann, ohne dass die örtlichen öffentlichen Stellen ambitioniert zu sein scheinen, etwas dagegen zu unternehmen.

„Stachelbeere" eingestellt

Bereits im Oktober 2003 hat der „Arbeitskreis Bioregionalismus" aus Hohenlimburg die Einstellung ihrer seit 1997 herausgegebenen Zeitschrift „Die Stachelbeere" bekannt geben. Die Entscheidung resultiert, so die Herausgeber, aus der rückläufigen Zahl der Dauerbezieher sowie dem Wegfall von Mitarbeitern. Allerdings kündigt Leif-Thorsten Kramps sogleich die Herausgabe einer neuen Vierteljahresschrift des AK an, die unter dem Titel „autochthon!" erscheinen soll.

Hausdurchsuchung bei Front-Records

Am 20.01.2004 durchsuchten Beamte des LKA und Soko REX die Wohnungen von Thomas Persdorf (32 Jahre) in Machern (Raum Grimma, Sachsen) sowie bei seinem 27-jährigen Kollegen im ca. 15 Kilometer entfernten Schildau (Raum Torgau). Beschlagnahmt wurden rund 2.500 CDs, etwa 160 Fahnen mit einem „Combat 18"-Aufdruck, diverse Unterlagen, Computertechnik sowie eine Siebdruckmaschine. Gegen die beiden Männer wird wegen des Verdachts der Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.



Hausdurchsuchungen bei „Stahlgewitter"

„Sie verfolgen uns bis an jeden Ort", sang die Band Stahlgewitter; am 16.12.2003 war es tatsächlich so weit, in einer länderübergreifenden Aktion wurden sieben Objekte der RechtsRock-Band „Stahlgewitter" in Köln, Bonn und Meppen sowie im schweizerischen Winterthur durchsucht. Gesucht wurde nach der schon im Jahre 2002 angeblich in einer Auflage von 8000 Exemplaren veröffentlichten CD „Politischer Soldat". Wegen der Ende 2002 indizierten CD wird wegen Volksverhetzung ermittelt. Beschlagnahmt wurden Tonträger und Computer. Derweil veröffentlichte die Band um den Meppener Sänger Daniel „Gigi" Giese und den Bonner Frank Krämer eine CD mit vermeintlich „legalen" Liedern. Dass die Band die CD am 20.4.2003 veröffentlichte, könnte einer Indizierung allerdings Vorschub leisten, wobei Titel wie „Weltherrschaft" eigentlich schon genug Anlass sein müssten.

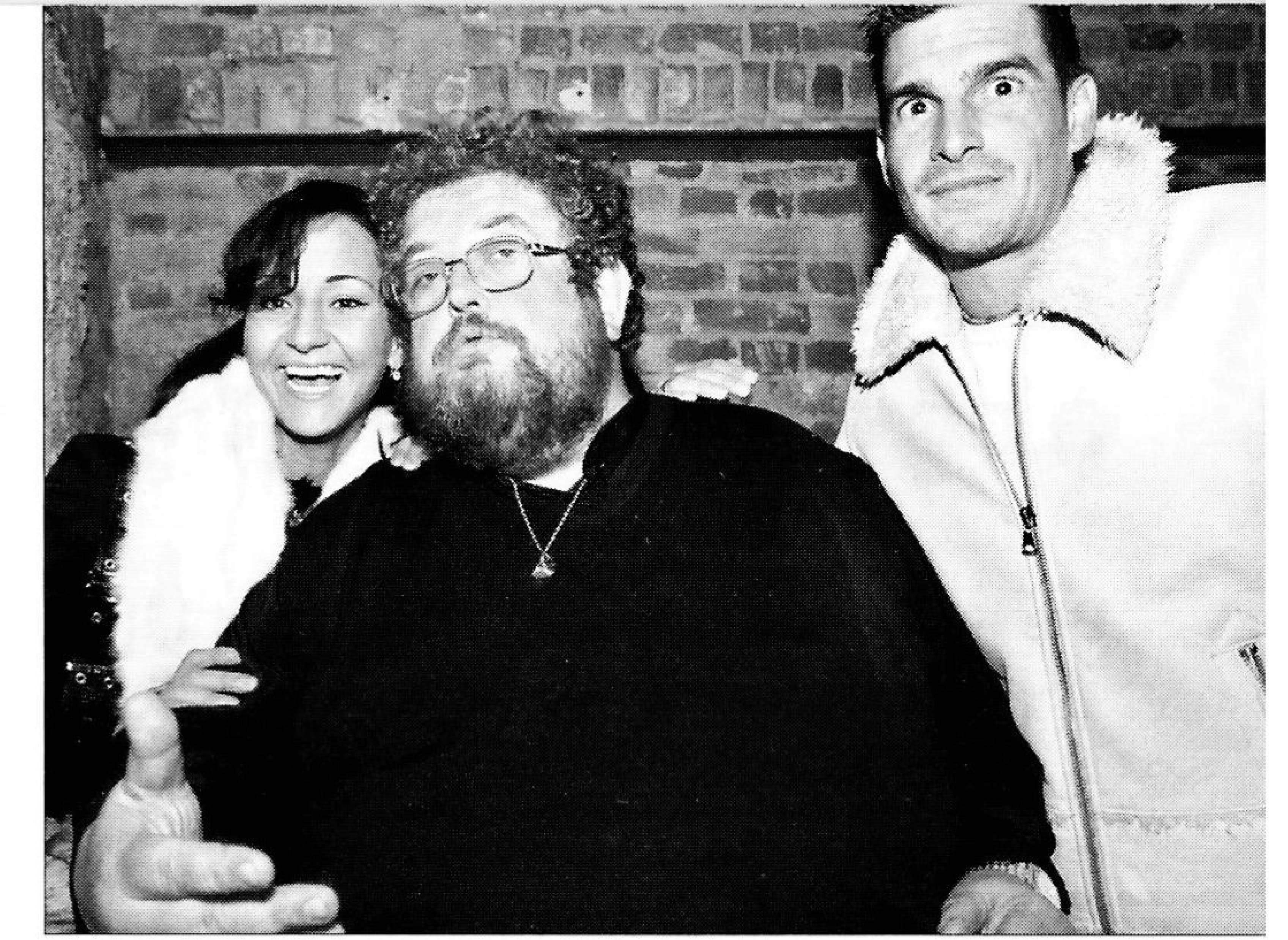
Dänischer Naziversand aufgelöst

Ende 2003 verkündeten die Betreiber die Einstellung des in Dänemark ansässigen „Celtic Moon"-Versandes. Der 1995 unter dem Namen „NS 88" von dem Deutsch-Dänen Marcel Schilff gegründete Versand fungierte als Teil des internationalen „Blood & Honour" (B&H)-Netzwerkes. Der Versand versorgte die Szene mit dem illegalen Material. Nach dem Tod von Schilff im Januar 2001 wurde der Versand in „Celtic Moon" umbenannt und von Personen aus dem skandinavischem B&H-Netzwerk weiter betrieben. Die Einstellung des Versandes kommt überraschend, stellte dieser doch einen bedeutenden Teil der illegalen Tonträger für den deutschen Mark her und vertrieb diese. Eine Nachfolgestruktur ist bisher unbekannt.

RechtsRock-Konzert

Am 7. Februar 2003 fand in Boizenburg ein Konzert mit den RechtsRock-Bands „Ultima Frontiera", „Legion of Thor", Path of Resistance" und „Einherjerim" statt, zu dem rund 300 Neonazis angereist waren. Anwesend waren auch 400 Polizeibeamte sowie zwei Wasserwerfer. Diese schritten allerdings nicht ein, obwohl seit 1999 in Mecklenburg-Vorpommern ein Konzerterlass existiert, der es erlaubt Musikveranstaltungen zu unterbinden, bei denen nationalsozialistisches und rassistisches Gedankengut verbreitet wird. Trotz des durch den Erlass gegebenen Handlungsspielraumes sah der Einsatzleiter vor Ort jedoch keinen Grund zum Einschreiten. Immerhin hatte ein Polizist gemeinsam mit dem Hamburger Neonaziführer Christian Worch im Laufe des Abends die Halle besichtigt. Und nachdem von Seiten der Polizei gefordert worden war, dass „strafbare Äußerungen, wie beispielsweise Sieg-Heil-Gebrüll unterbleiben" sollten, konnte das Konzert dann auch zur Freude der Neonazis stattfinden.

Theater mit Lemmer



Düsseldorf, 08.01.2004: Torsten Lemmer (rechts) zusammen mit seiner Frau und dem Künstler Peter Kern (Mitte) kurz vor der Aufführung des Filmes „Hamlet - This is your familiy".

Zu Jahresbeginn ging Torsten Lemmer, ehemaliger Fraktionsgeschäftsführer der Düsseldorfer REP-Abspaltung FWG und späterer RechtsRock-Unternehmer, mit einer neuen Wahlliste an den Start. Vor der Präsentation der „Unabhängigen Wählergemeinschaft für Düsseldorf - LemmerListe" aber war zunächst Theater angesagt.

Von Pierre Briegert

Mit Sinn für's Timing hatten Lemmer und der die Liste unterstützende Schauspieler Peter Kern für den 8. Januar die Präsentation des Filmes „Hamlet. This is your family" angesetzt. Ergänzt durch eine Diskussion zum Thema „Was darf die Kunst und was darf die Politik nicht?", sollte in einem Kino auf Düsseldorfs Nobelmeile Königsallee Kerns Verfilmung der umstrittenen Hamlet-Inszenierung mit vermeintlich ausstiegswilligen Neonazis des Theaterregisseurs Christoph Schlingensief gezeigt werden.

Zu den Mitwirkenden des 2001 gestarteten Theater-Projektes zählte auch Lemmer, der die Chance nutzte, sich medienwirksam als „Aussteiger" zu präsentieren. Zeitgleich entstand nach der Abwicklung seiner RechtsRock-Unternehmen eine neue Firma: „VGR Multimedia", über die bis heute der RechtsRock-Vertrieb und die Herausgabe des Hochglanz-Fanzines „Rocknord" abgewickelt wird. In die Fußstapfen von Lemmer traten sein über 80-jähriger Großvater und ein 18-Jähriger, der über den so genannten „Jugendoppositionsstammtisch" angeworben worden war. Aus eben diesem stammt auch Ferenc Szeplaki, der heute mit dem ehemaligen FAPler und langjährigen Lemmer-Weggefährten Andreas Zehnsdorf die Firma leitet.

Nach Intervention antifaschistischer Gruppen mittels eines Offenen Briefes sagte das Kino kurzfristig die Vorführung ab. „Wenn Sie jetzt in diesen Freiraum eindringen", tobte Kern, „dann machen Sie sich schuldig an dem Elend in dieser Welt." Nicht ohne darauf hinzuweisen, dass er „Sozialist, Jude und Österreicher" sei. Auch für die taz war das „Ende der Demokratie in Sicht. Dann wird Kunst [...] zum Freiwild".

Die Veranstaltung fand mit 80 Besuchern dennoch statt, verlegt in Räume eines Kern-Freundes. Ihnen durfte Lemmer dann auch seine Resozialisierungsgeschichte erläutern: Er besuchte eine KZ-Gedenkstätte („wo ich von einem Rabbiner empfangen wurde") und ein buddhistisches Kloster („wo ich von einem Mönch empfangen wurde"). Zu den Umständen des Verkaufs seiner RechtsRock-Firmen befragt, zeigte er sich dagegen nicht in Erzähllaune.

„Wir sind nicht rechts, wir sind nicht links, wir sind nicht Mitte" verkündete vier Tage später Berthold Behrendt, frisch gewählter Vorsitzender der „LemmerListe" der Presse. Ein Blick auf die Vorstandsbesetzung offenbart mehrere Geschäftsfreunde von Lemmer sowie Mitglieder und Freunde der „Boxer-Klub Gruppe Düsseldorf" (1. Vorsitzender Torsten Lemmer, Beisitzer Ex-JN-Bundessprecher Jan Zobel) sowie als 1. stellvertretende Vorsitzende die „Umweltberaterin und Umweltjournalistin" Martina Kempf, die ebenso wie ihr Ehemann Volker Kempf („Wissenschaftlicher Berater" der Liste) seit Ende der 90er in der „Jungen Freiheit" publiziert und dem rechtsökologischen Lager angehört. Volker Kempf trat ab 1998 bei der extrem rechten ÖDP-Abspaltung „Unabhängige Ökologen Deutschlands" (UÖD) u.a. als Referent und Autor in Erscheinung.

Das Programm der „neuen politischen Kraft in Düsseldorf" ist erwartungsgemäß nichtssagend: „Endlich!! Jetzt wird's besser". Man sei gegen „legalisierten Filz" in der Lokalpolitik, für mehr Natur- und Tierschutz, mehr Arbeitsplätze etc.. Lemmer fungiere auch nur als „Berater", so Behrendt. Dass es dabei nicht bleibt, daran zweifelt in Düsseldorf niemand.

„Junge Freiheit" verliert Rechtsstreit

10.000 Euro Vertragsstrafe muss die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" laut Urteil des Berliner Kammergerichts vom 20. Januar 2003 an einen ehemaligen Referenten von „Miteinander e.V." in Sachsen-Anhalt zahlen. Im Rahmen ihrer intellektuell verbrämten Anti-Antifa-Kampagne hatte Manuel Ochsenreiter diesen in der „Jungen Freiheit" (Nr. 10, 2003) u.a. mit der Aussage diffamiert, ein „linker Schläger und … nicht nur polizeibekannt" zu sein. Zwei Wochen später musste die Zeitung die Gegendarstellung des Referenten abdrucken, jedoch nicht ohne einen erneuten Versuch Ochsenreiters noch einmal nachzulegen. Er revidierte in einem neue Artikel seinen vorhergehenden Vorwurf und behauptete nunmehr, besagter Mitarbeiter von „Miteinander e.V." habe am 17.11.2001 am Rande einer antifaschistischen Protestaktion gegen ein neonazistisches Ladenlokal eine Flasche auf den örtlich bekannten Neonazi Sven Liebich geworfen und ihn dabei verletzt. Doch weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft war dieser Vorfall bekannt. Im Rahmen einer erneut vorgebrachten Gegendarstellungsforderung von Seiten des so Diffamierten unterzeichnete die „Junge Freiheit" eine Unterlassungserklärung, derartige Behauptungen nicht weiter zu verbreiten. Dennoch - die besagten Artikel waren auch weiterhin über das elektronische Archiv der Zeitung zugänglich. Somit forderte der ehemalige Referent im September 2003 die im Falle der Weiterverbreitung angedrohte Vertragsstrafe in Höhe von 10.000 Euro ein. Das Berliner Kammergericht gab ihm jetzt Recht und sprach ihm die Summe sowie den Ersatz der durch das Verfahren verursachten Anwaltskosten zu.

Am gleichen Tag verhandelte das Gericht noch einen weiteren, ähnlich gelagerten Fall gegen die „Junge Freiheit", bei dem die Zeitung gegen eine Unterlassungserklärung des „Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung" (DISS) verstoßen hatte. Auch dem DISS wurde die mit der Erklärung verabredete Summe von 10.000 Euro zugesprochen sowie die Erstattung der Anwaltskosten.

„Gegen Rechts ist mehr als eine abgezockte Imagefrage"

Die Kampagne „turn it down" geht in Deutschland an den Start

Sie richten sich an Eltern, Lehrer, Bands, Plattenverlage – und natürlich Jugendliche: Die US-amerikanische Kampagne „turn it down" bekämpft neonazistische Musik sowie rassistische, antisemitische und diskriminierende Strömungen in der Musikszene. Die USA gehören im Bereich RechtsRock zu den aktivsten Ländern. Seit den frühen 1980er Jahren hat sich in dem Land eine selbstständige Szene entwickelt. Bands wie „Max Resist" oder „Youngblood" sind auch in Deutschland ein Begriff, ebenso sind Labels wie „Panzerfaust Records" oder „Resistance Records" in den USA Marktführer in Sachen RechtsRock.

Mit detaillierter Aufklärungsarbeit und der Unterstützung zahlreicher Bands will „turn it down" dagegen angehen und Anleitung zum selbständigen Handeln geben; letzte Veröffentlichung war eine interaktive CD. Jetzt wurde auch in Deutschland das Projekt „turn it down" gestartet. Initiator ist das „antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin" (apabiz) in Zusammenarbeit mit Akteuren aus den verschiedensten Musikszenen. DER RECHTE RAND sprach mit Kathrin vom apabiz über die deutsche Kampagne.

TURN*IT*DOWN*

www.turnitdown.de

DRR: Warum habt Ihr das Konzept der „turn it down"-Kampagne aus den USA in Deutschland übernommen?

K.: Die US-amerikanische Seite betreiben Freunde von uns, das „Center for new Community" in Chicago und die „Northwest Coalition for human Dignity". Mit beiden Organisationen haben wir zum Thema RechtsRock schon lange zusammen gearbeitet und unsere Erfahrungen damit, wie das Thema in den verschiedenen Musikszenen behandelt oder ignoriert wird, decken sich an vielen Punkten. Trotzdem ist die Situation in Bezug auf RechtsRock in Deutschland anders als in den USA. Aus diesem Grund sind wir bei der Konzeption auf die deutschen Gegebenheiten eingegangen.

DRR: Was ist die Absicht und Zielrichtung dieser Kampagne?

K.: Zum einen muss das Wissen über die RechtsRock-Szene noch mehr verbreitet werden. Dabei ist klar, dass beispielsweise Konzertveranstalter andere Fragen haben als Lehrer, die vielleicht in ihrer Klasse dazu arbeiten wollen. Die Medien – und noch mehr die lokale Politik – müssen mit der Nase auf die Tatsachen gestoßen werden. Andererseits kann „turn it down" ein Forum für eine offene Auseinandersetzung bieten: Viele Leute aus den diversen Szenen wissen oft sehr gut, was vor Ort auch hinter den Kulissen passiert. Ihre Kritik an Konzertveranstaltern, die sich mit rechten Bands arrangieren, oder an Versänden, die auf unpolitisch machen, ist oft schärfer, als manche vermuten.

Vor allem aber will „turn it down" die Vernetzung all derer voran bringen, die ganz einfach keinen Bock auf Nazis in ihrer Szene haben, sondern mit Spaß und ohne Ausgrenzung nette Konzerte oder was auch immer organisieren und erleben wollen. Und das sind nicht nur antifaschistisch engagierte Jugendliche.

Und auch etliche Labels, Plattenläden, Versände, Bands, Manager oder Produzenten haben klar gemacht, dass „Gegen Rechts" für sie mehr ist als eine abgezockte Imagefrage.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass ein gemeinsames Interesse da ist, die Leute aber zu selten zusammen finden. Ein Ziel von uns ist daher, dass das Projekt „turn it down" die Zusammenarbeit zwischen lokalen Initiativen und „Kulturschaffenden" verbessert.

DRR: Was ist der Unterschied zu anderen Konzepten wie etwa die Anti-Rechtsrock-Kampagne „We will rock you" in Nordrhein-Westfalen?

K.: Die meisten Kampagnen oder Initiativen richten sich an eine bestimmte Szene. Es gibt beispielsweise die Kampagne „Good night white pride", die sich an die Hardcore-Szene wendet, oder „No historical backspin", die versuchen, gegen extrem rechte Einflüsse im Techno vorzugehen. Andere Kampagnen wie beispielsweise „We will rock you" werden von der Antifa initiiert, also von außen in die Szenen hereingetragen. Für „turn it down" passt der Kampagnenbegriff eigentlich nicht so richtig. Eine Kampagne hat meist ein klar abgegrenztes Ziel, einen zeitlichen Rahmen und bezieht sich dabei auf eine definierte Zielgruppe. Wir aber wollen vor allem ein Forum bieten, in dem sich Interessierte szeneübergreifend informieren und austauschen können. Wir möchten mit Leuten reden, die sich engagiert haben oder dies immer noch tun. Wir stellen witzige, sinnvolle aber auch gescheiterte Aktionen vor. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bestehenden Kampagnen oder Initiativen, sondern wollen diese unterstützen und ihnen ein gemeinsames Forum bieten.

DRR: Was ist bisher gelaufen?

K.: Dafür, dass die Homepage noch nicht online ist, eine ganze Menge. Wir hatten im Januar das erste „turn it down"-Konzert in Berlin, was ein voller Erfolg war. Der erste Sampler ist gerade in Arbeit und eine Lesung ist für den nächsten Monat geplant.

Derzeit wird eine Homepage konzipiert und erstellt, auf der wir Erfahrungen und Informationen zum Thema präsentieren werden. Sie wird in den nächsten Tagen ins Netz gehen und wir hoffen auf fruchtbare und gerne auch kontroverse Auseinandersetzungen, auf viel Initiative und Aktionen und nicht zuletzt auf eine Menge an guten „turn it down"-Parties und Konzerte.

DRR: Wie sieht es in anderen Ländern aus; sind dort ähnliche Kampagnen gestartet worden?

K.: Bisher leider noch nicht. Das apabiz ist Bestandteil eines internationalen antifaschistischen Netzwerkes (Antifa-Net), in dem die Idee zu weiteren turn it down-Projekten auf jeden Fall im Gespräch ist. Eine internationale Zusammenarbeit ist hier sicherlich sinnvoll, schließlich arbeitet auch die RechtsRock-Szene ländergreifend zusammen.

Das Interview für die Zeitschrift DER RECHTE RAND führte Alexandra Kornblum.

Weitere Informationen:
www.turnitdown.de.
Anregungen und Erwartungen an:
mail@turnitdown.de.
Informationen über das US-Projekt:
www.turnitdown.com.

Hamburger Zeichen

Die erste Eröffnung der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" auf Kampnagel nahmen die Neonazis nicht wahr. Neun Jahre später marschierten über 1.200 Neonazis gegen die inzwischen neukonzipierte Ausstellung in Hamburg auf. Aber auch der amtierende Hanseatische Senat von CDU, FDP und Ex-Schill-Partei setzte am 2. Februar diesen Jahres Zeichen: Per Einsatzbefehl löste die Polizei die Gegendemonstration von mehr als 5.000 Menschen gewaltsam auf.

Von Stefan Lindke & Andreas Speit

„Reemtsma lügt – Wahrheit siegt" schallte es am Samstagnachmittag durch Hamburg-Winterhude. Mehr Neonazis als die Polizei erwartet hatte waren dem Aufruf des „Aktionsbüros Norddeutschland" um Thomas Wulff und Tobias Thiessen gefolgt, um „ein letztes Mal alle Kräfte" gegen die „Schandausstellung" zu mobilisieren. Denn wenn am 28. März die Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" (HIS) um Jan-Phillip Reemtsma in dem Kulturzentrum schließt, lässt das Institut sie einlagern. Kaum eine der größeren Kameradschaften aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen, die nicht in dem früheren Arbeiterviertel „Jarrestadt" aufmarschieren wollte. Noch nie zuvor durften die Neonazis auch bis direkt vor den Ausstellungsort laufen. Per Anordnung hatte die Versammlungsbehörde dem Aktionsbüro diese Route zwei Tage vor der Eröffnung und fast genau 71 Jahre nach dem Machtantritt ihrer politischen Ahnen zugewiesen. „Auf nach Hamburg!" frohlockte so auch das Aktionsbüro, um bei der „'Kampnagelfabrik', einer traditionell roten und multikulturell gesinnten Einrichtung" den „Unmut über die Soldatenverleugnung kundzutun". Angeführt von Thorsten Heise setzten sich die Neonazis - vermeintlich selbstsicher und offensichtlich gewaltbereit - in Bewegung. Wegen der Proteste der Anwohner in der Jarrestadt, in die die etwa 4.000 Polizeibeamten sonst niemanden mehr hinein ließen, musste der Marsch jedoch oft stoppen. „Nazis raus"-Transparente hingen aus den Fenstern und laute Musik erklang, wenn die Rechten vorbeizogen. Mehrmals allerdings griffen die Neonazis aus dem Aufzug heraus Anwohner an, die vor ihrer Wohnung mit Schildern wie „Deutsch und Dumm" standen. Auch die Reden bei den Zwischenkundgebungen gingen wegen der lauten Proteste fast unter. Um so verärgerter wetterte neben Wulff die Aktivistin der „Sauerländischen Aktionsfront" Daniela Wegener gegen den Mäzen der Ausstellung und der Nazianwalt aus Hamburg, Jürgen Rieger, verkündete: „Die deutschen Soldaten waren die fairsten in dem ganzen Krieg".



Neonazi-Enkel rechtfertigen Verbrechen ihrer Opas

Nach dem Vorbild ihres verstorbenen Idols, des früheren Nazichefs Michael Kühnen, liefen zwei Rechte mit Esels- und Schafsmasken mit und trugen Schilder mit der Botschaft: „ Ich bin ein Esel, weil ich immer noch glaube, dass die Deutsche Wehrmacht Verbrechen begangen hat". Ende den 1980er Jahren war Kühnens Truppe mit einer anderen Aussage aufgelaufen: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZ Juden ‚vergast' wurden".

Doch ohne antisemitische Botschaft blieb auch dieser Aufmarsch nicht. Wenige Tage vor dem Marsch verteilten die „Freien Nationalisten" in dem Stadtteil eine Flugschrift, in der sie behaupteten, dass die „überarbeitete Fassung der Lüge und Hetze überführt" worden sei. Beispiele führten sie nicht an, dafür benannten sie die angeblich Verantwortlichen: die Juden. In der „Überprüfungskommission" seien fast nur „Vertreter (...) der Holocaust-Industrie" gewesen und dass „Reemtsma für sein Machwerk von der jüdischen Gemeinde Berlin mit dem ‚Heinz-Galinski-Preis' ausgezeichnet" wurde, offenbare den „geistig-moralischen Vernichtungsfeldzug".

Über Jahre marschierten die „Freien Nationalisten" in jeder Stadt auf, in der die „Wehrmachtsausstellung" gezeigt wurde. Nach dem von der NPD ausgerichteten Großaufmarsch 1997 in München begannen die „Freien Nationalisten" eigenständige Aktionen und Kampagnen durchzuführen. Über 5.000 Neonazis und Rechtskonservative folgten dem damaligen Ruf der NPD nach München. Seitdem hofften auch die „Freien Kameradschaften" sich den Mythos von der sauberen Wehrmacht in der „Mitte der Gesellschaft" dienlich zu machen.

Von 1997 (München) bis 2004 (Hamburg) fanden mindestens 35 Naziaufmärsche gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" statt.

Durchschnittlich beteiligten sich an diesen Aufmärschen jeweils 700 Neofaschisten. Einige Beispiele:

Datum	Ort	TeilnehmerInnen
01.03.1997	München 5.000	
24.01.1998	Dresden	950
24.10.1998	Bonn	1.000
30.01.1999	Kiel	900
01.12.2001	Berlin	3.500
02.02.2002	Bielefeld 1.200	
08.06.2002	Leipzig	1.500
12.10.2002	München 900	
20.09.2003	Dortmund	800
29.11.2003	Halle/Saale	800
31.01.2004	Hamburg	1.200

Die Zahlen der TeilnehmerInnen sind Mittelwerte der teilweise sehr auseinandergehenden Berichterstattung.

1999 explodierte in Saarbrücken bei der Ausstellung eine Bombe. Die Täter sind bis heute nicht gefaßt. Im letzten Jahr versuchten sie anlässlich der Präsentation in Peenemünde und Halle mit Parolen wie „Vati ich bin stolz auf dich" oder „Opa war in Ordnung – unsere Großväter waren keine Verbrecher" in der gesellschaftlichen Mitte Sympathien zu gewinnen. Zugleich nutzten sie die Aktionen zur weiteren Ideologisierung ihrer Anhängerschaft und zur Stabilisierung ihrer Kameradschaftsstrukturen. Tausende von Neonazis nahmen an Aktionen und großen Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung teil.

Wenige hundert Meter Luftlinie von dem Nazimarsch in Hamburg entfernt ging derweil die Polizei gegen eine anti-faschistische Gegendemonstration vor. Unter dem Motto „Deutsche Täter sind keine Opfer!" hatte ein breites Bündnis zu der Demonstration aufgerufen. Aber kaum hatten die über 5.000 TeilnehmerInnen den Abschlusskundgebungsplatz erreicht, setzte die Polizei mehrere Wasserwerfer ein. Den Versuch der Auschwitzüberlebenden Esther Bejarano mit einer Rede zu schlichten, verhinderte die Polizei. Ein Einsatzkommando stürmte zum Lautsprecherwagen und beschlagnahmte das Stromaggregat. Minutenlang war sie im Lautsprecherwagen sitzend dem direkten Wasserwerferbeschuss ausgesetzt. „Ich hätte nie gedacht, dass die Polizei mir das Wort abschneiden würde", erzählt sie später. Von acht Wasserwerfern und mehreren Räumpanzern umkreist bildete der Platz einen Kessel, der fast wie eine Falle anmutete. Die gesamte Demospitze wurde förmlich weggespült, während sich zeitgleich der Großteil der Demonstration noch in einer engen überfüllten Seitenstraße befand. Nach diesem Angriff begannen einige der Antifas sich militant zu wehren, woraufhin weitere Wasserwerfer eingesetzt wurden. Unter permanenten Wasserbeschuss trieb die Polizei die Demonstration über zwanzig Minuten vor sich her, bis sie völlig auseinander brach.

Für den 27. März 2004 hat Christian Worch einen weiteren Aufmarsch zum Ende der Ausstellung angemeldet.



Mit über 2.000 TeilnehmerInnen größter Dresdener Aufmarsch zum Jahrestag des alliierten Bombenangriffes

Freitag, der 13. – Deutsches (Ge-)Denken

Dresden wurde Anfang der 1990er Jahre schon einmal von Christian Worch und Michael Kühnen zur „Hauptstadt der Bewegung" stilisiert. Und Dresden ist auf gutem Wege, erneut einer der Schwerpunkte der Szene zu werden. Einen Vorgeschmack bot der 14. Februar. Der bis dahin mit Abstand größte Neonazimarsch in Dresden hatte einiges mit anderen Großaufmärschen wie in Wunsiedel gemein.

Von Peter Conrady

Ebenso wie beim Heß-Gedenken verfolgt die Szene in Dresden mit der Erinnerung an den „Bombenholocaust" geschichtsrevisionistische Ziele und eine Annäherung an den Nationalsozialismus. Dresden soll das werden, was Wunsiedel schon lange ist: Ein festes Symbol und alljährliches Ziel bundesweit organisierter Neonazis, eines der wenigen Großereignisse der Szene.

Für die Neonazis erleichternd kam hinzu, dass auch das offizielle Dresden das Gedenken auf revisionistische Weise maßgeblich mitprägt. Konnte Anfang der 1990er Jahre der britische Holocaustleugner David Irving auf einer städtischen Versammlung auftreten, schwadroniert 2004 der gelernte „Hobbyhistoriker" Jörg Friedrich: „Dieser Angriff war barbarisch". In einem Zeitungsinterview leugnet er den Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem Terror und den Maßnahmen der Alliierten, die sie ergriffen, um die Deutschen zu stoppen. Alljährliche Beschränkungen des Versammlungsrechts - wohlgemerkt nur für Linke und Kritiker der offiziellen Diktion - sind dabei gang und gebe.

Dieses Jahr sollte der 13. Februar für die Neonazis ein besonderer „Gedenktag" werden. Anstelle des alljährlichen Trauermarsches am Abend des 13. Februar entschied man sich diesmal für einen Großaufmarsch am darauffolgenden Samstag, der eine größere Mobilisierung zuließ. Der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel erwartete in einem Rundschreiben des „Nationalen Bündnis Dresden" „eine mehr als doppelt so große Trauergemeinde" wie 2003, als sich „über 1.000 Teilnehmer in Dresden versammelten".

Damit war das Ziel hochgesteckt - und das Konzept ging auf. Der Bombenangriff der Alliierten auf Dresden gilt nicht nur Neonazis als Symbol für den „Terror", den die Befreiungsmächte auf Deutschland ausgeübt hätten. Das Gedenken an die deutschen Opfer von Bombenkrieg oder Vertreibung wird entkontexualisiert und die Deutschen zu einer Schicksalsgemeinschaft von Opfern eines „Bomben- oder Vertreibungsholocausts" stilisiert.

Eine derartige gesellschaftliche Stimmung, mit starkem Nährboden in Dresden, sorgt bundesweit für Anziehungskraft auf die Naziszene. Als Redner war der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger angekündigt, der als Anmelder der Heß-Märsche eine Integrationsfigur für alte und neue Nazis ist. Außerdem sollte der Nazi-Barde Frank Rennicke auftreten. Aus ganz Deutschland kamen Gruppierungen angereist. Führende Kader des Neonazi-Spektrums waren anwesend. Sonst allgegenwärtige Szene-Streitereien spielten keine Rolle. Spektrenübergreifend kamen Teilnehmer von der DSU, DVU, NPD und Kamerad-

schaften bis hin zu Republikanern. Bei klassischer Musik, mit schwarzen Luftballons und Fahnen setzte sich der Zug von etwa 2.200 Alt- und Jungnazis in Bewegung. Als Anmelder fungierte der Freiberger Alexander Kleber, der auch sächsischer Funktionär der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" ist. Maßgeblich an der Organisation und Durchführung des Aufmarsches beteiligt waren die NPD und das 2003 gegründete „Nationale Bündnis Dresden". Auffällig war, dass eine Vielzahl „subkultureller" Neonazis aus dem Anti-Antifa- und Hooligan-Spektrum teilnahm.

Schon am Abend des 13. Februar marschierten ca. 180 Neonazis durch Dresden, am Vormittag legten sie während einer städtischen Gedenkveranstaltung insgesamt 14 Trauerkränze am Heidefriedhof ab, der letzten Ruhestätte für die Toten des Bombenangriffs. Dies geschah, wie in den Jahren zuvor, ohne dass sich Offizielle, wie Oberbürgermeister, Landtagspräsident und BürgerInnen von den Neonazis distanzierten.

Dieses Hinnehmen der Neonazi-Aktivitäten passt auch in das Bild, welches sich für AntifaschistInnen bot. Unter dem Motto „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus" fand schon am 13. Februar eine Antifa-Demonstration statt, die unter massiver Polizeibegleitung stand und durch das städtische Ordnungsamt an die Peripherie der Stadt verlegt worden war. Am Folgetag wurden Aktivitäten gegen den Neonazi-Großaufmarsch rigoros polizeilich unterbunden, während die Neonazis fast ohne Polizeispalier liefen und dabei immer wieder Protestierende angreifen konnten. Nach dem Aufmarsch konnten Gruppen von bis zu 200 Neonazis ungestört durch die Innenstadt ziehen.

Weitgehend desinteressiert nahmen die DresdnerInnen den bisher größten Neonaziaufmarsch zur Kenntnis. Nur einige Hundert nahmen an einer Bündnisdemonstration gegen die Neonazis teil; an Gegenaktivitäten beteiligten sich etwa 600 AntifaschistInnen. Dennoch blieben die Nazis weitgehend ungestört.

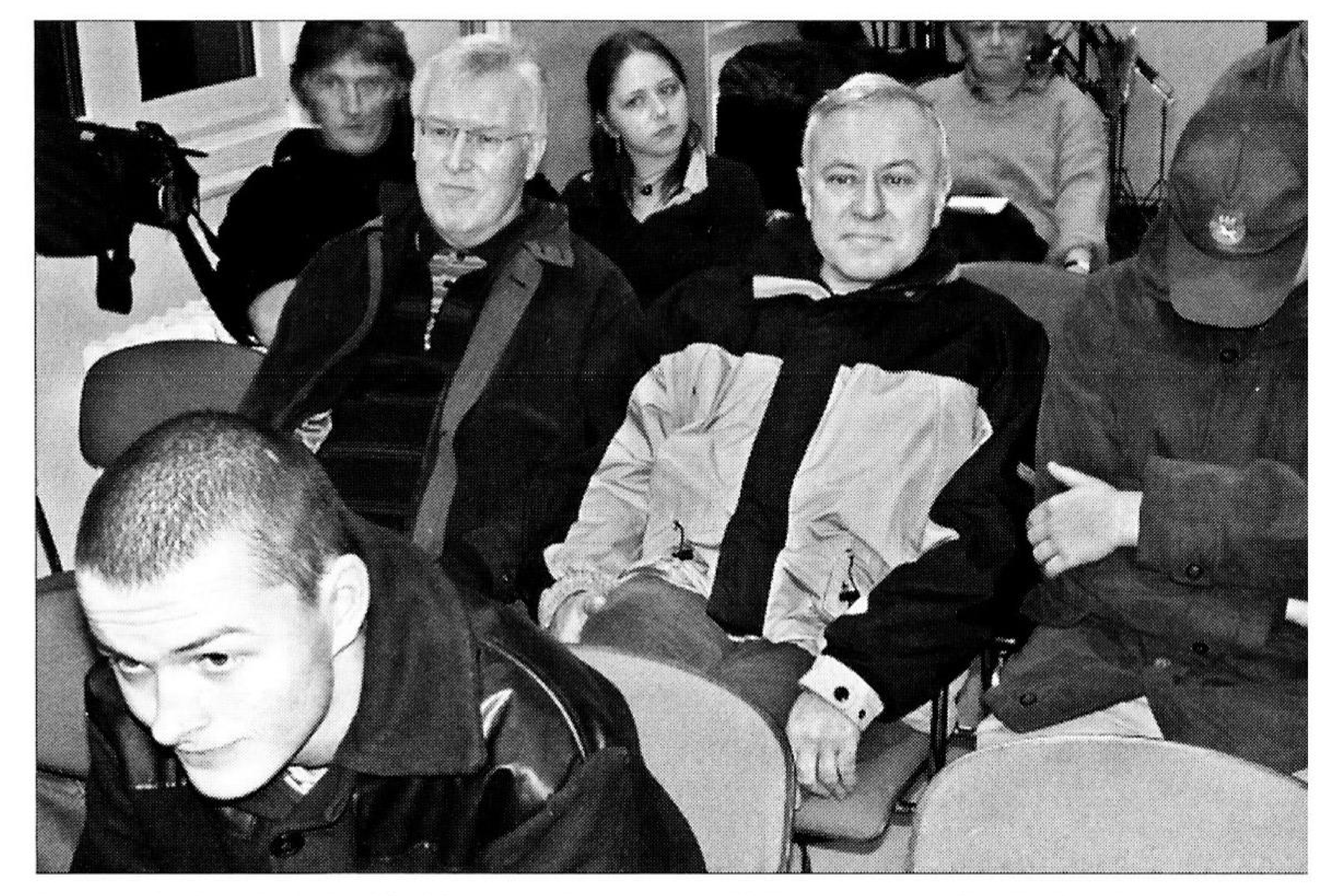
Sollte sich das politische Klima in der Stadt nicht deutlich ändern, ist nach dem Heß-Marsch im August, im Februar 2005 wieder ein Großaufmarsch in Dresden zu befürchten.

„Kein Forum für Kader"

„Redet doch mit denen". Kaum hatte eine Sprecherin der Schülerinitiative die Veranstaltung „Neofaschismus/Rechtsextremismus - eine Gefahr für die Gesellschaft?" in Buxtehude wegen Störversuchen von Neonazis beendet, versuchte ein Staatsschutzbeamter das Gespräch mit den ungeladenen Gästen zu eröffnen.

Von Andreas Speit

Als Begleitprogramm für die in dem Gymnasium Halepaghen präsentierte Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik" wollte die Schülerini am 12. Januar diesen Jahres die Veranstaltung anbieten. In den Räumen der Volkshochschule (VHS) der niedersächsischen Kleinstadt sollten Andrea Röpke, Journalistin, Cornelia Kerth, Bundessprecherin der VVN-BdA und Wolf Rosenzweig, Leiter der VHS, über die rechte Gefahr streiten. Gleich zu Beginn erkannte jedoch Röpke den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Adolf Dammann und den Vordenker des „Deutschen Kollegs" Reinhold Oberlercher, die sich zusammen mit Neonaziskins im Raum verteilten. Über 25 Neonazis aus der Region waren zu der von Schülerinnen zwischen 18 und 19 Jahren vorbereiteten Veranstaltung gekommen.



Provozierten bei Antifa-Veranstaltung: Adolf Dammann (2. Reihe li.), Reinhold Oberlercher (Mitte)

Seit Anfang der 1980er Jahre bewegt sich der frühere Theoretiker des „Sozialistischen Studentenbunds" (SDS) Oberlercher aus Hamburg im neonazistischen Spektrum, in dem Dammann aus Buxtehude-Neukloster schon seit den 1950er Jahren auftritt. Bei der „Deutschen Reichspartei" begann der Weg des langjährigen NPD-Kaders, der schon früh betonte: „Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir haben einen Ordnungsdienst", und der gegenwärtig erklärt, dass die „Revolution in Russland und die anschließenden blutigen Gemetzel ohne Juden kaum stattgefunden" hätten. Solche Erkenntnisse durfte Dammann nicht nur in einem Leserbrief zum Hohmann-Skandal im „Tageblatt" verkünden, sondern auch auf Veranstaltungen. In der „Alten Mühle" von Bargstedt nahe Buxtehude führt der Pensionär zusammen mit der JN seit Jahren Schulungsabende und Versammlungen durch.

In der VHS kamen die Rechten aber kaum zu Wort. „Solchen Kadern wollen wir kein Forum geben", erklärte die Schülersprecherin und beendete die Veranstaltung. Zum Mißfallen des Staatsschutzbeamten. „Unglaublich", betonte eine Schülerin und hob hervor: „Die Polizei hat uns als Veranstalter nicht vorgewarnt", nur die VHS wurde informiert.

Die Störaktion feiern die Neonazis mittlerweile auf ihren Websites als Erfolg und geben sogleich die Namen der Veranstalter bekannt.

DP-Funktionär abgesetzt

Der freie Nationalist Christian Bärthel („Bündnis für Thüringen"), der unlängst von seinen Ämtern als 2. Landesvorsitzender und Pressesprecher der thüringischen „Deutschen Partei" wegen seiner allzu starken Aktivitäten im Neonazi-Lager amtsenthoben wurde, hat am 9. Februar einen Offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Gera geschrieben. Dieser hatte bei einer öffentlichen Diskussion zum Thema „Armes Deutschland" einen „reichstreuen" Flugblattverteiler des Saales verwiesen. Damit, so Bärthel, der ein enger Vertrauter des „Sachverwalters des Deutschen Reiches", Gerd Ittner ist, handele der OB gegen die Wiedererlangung der „Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches". Falls sich der OB nicht bei der betreffenden Person entschuldige, so Bärthel, sei dies als „bewußtes Handeln für eine illegale Diktatur" zu werten, die gegen „Reichsrecht" verstößt.

Neonazi-Aufmarsch gegen „Club Alpha"





Für den 6. März 2004 hat die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" eine Demonstration gegen das älteste selbstverwaltete soziokulturelle Zentrum Deutschlands, den „Club Alpha" in Schwäbisch Hall angemeldet.

Von Christian Dornbusch

Treibende Kraft bei der in Schwäbisch Hall angemeldeten Demonstration ist Lars Käppler, Bundesleiter der „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG). Gegründet wurde die Organisation unter dem Namen „Bildungswerk deutsche Volksgemeinschaft" am 5. Juni 1999 nach einem Streit beim Bundeskongress der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Seinerzeit fungierte Achim Ezer als Bundesleiter und Käppler als Stellvertreter. 2000 folgte dann die Umbenennung in BDVG sowie der Wechsel in der Führungsspitze. Als ihr publizistisches Organ fungiert die neonazistische Postille „Volk in Bewegung".

Bereits im letzten Jahr versandten Käppler und Günter Deckert, NPD, einen offenen Brief an verschiedene Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwäbisch Hall. Gemeinsam forderten sie „im Verein mit der schweigenden Mehrheit" die Streichung der städtischen Zuschüsse für den „Club Alpha". Im gleichen Atemzug drohten sie den Stadtoberen und den Bürgern: „Sollten Sie nicht zu einer anderen Einsicht kommen, dann kommen wir immer wieder mit Demonstrationen und Kundgebungen". Die Stadt kam nicht zur „Einsicht". Nun steht Hall für den 6. März 2004 eine Demonstration ins Haus, auf der neben Käppler und Deckert auch Christian Worch sprechen soll. Und die BDVG legt nach. In einem am 10. Februar 2004 auf ihrer Homepage integrierten Kurzfilm appelliert ein Sprecher an den Stadtrat umzuschwenken, „denn nach wie vor ist Schwäbisch Hall eine deutsche Stadt und es muss politisch dafür Sorge getragen werden, dass Multikulti, das mit Multikriminell einhergeht, ein trügerisches Wunschbild linkischer Antideutscher und Deutschenhasser bleibt wie sie im Club Alpha sitzen".

Titelbild des BDVG-Blattes
oben: Aufruf gegen den „Club Alpha"

In der Stadt indes hat sich ein breites Bündnis gefunden, das den aufmarschierenden Neonazis zeigen wird, dass sie nicht willkommen sind. Der Club, der 1966 gegründet und in dem bis heute ausschließlich Ehrenamtliche arbeiten, verfügt vor Ort über ein hohes Renommee. Er dient als Treffpunkt und Veranstaltungsort für Kinoabende, Konzerte, Lesungen oder politische Veranstaltungen.

Derartige Treffpunkte sind der extremen Rechten ein Dorn im Auge. Bereits im Sommer 2000 geriet das „Bunte Haus" in Celle ins Visier der örtlichen „Kameradschaft 73" und der JN. Doch seinerzeit scheiterte die Neonazis mit ihrer Agitation. Und auch in Schwäbisch Hall haben sie sich mit ihrem erpresserischen Schreiben sämtliche, falls vorhandenen Sympathien verspielt.

Sächsische Neonazis vor Gericht

Am 26.02. beginnt der „sogenannte SSS-Prozess 3" vor dem Landgericht Dresden. Als Folge-Termine sind geplant: der 3. und 4. März ab 9.00 Uhr, der 10. März ab 17.30 Uhr, der 17. März ab 13 Uhr. Vorsitzender Richter ist Herr Lips, das Aktenzeichen: AZ: 7 KLs 200 Js 57308/03. Angeklagt sind die Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz" Sven Haupt, Mario Männchen, Tino Karsch, Frank Schröter, Andre Fritzsche und Dirk Schitzkat wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die Verteidiger sind Rainer Birke, Jörg Dänzer, Hansjörg Elbs, Mark Hirschmann, Ines Kilian, Peter Manthey, Tilo Rößler, Werner Rößler (alle aus Dresden), Olaf Klemke (Herzberg), Annett Döbert und Thomas Jauch (Weißenfels) und Dr. Herzogenrath-Amelung (Regensburg). Insgesamt sind 16 Zeugen geladen.

Vor dem Landgericht Chemnitz wird der Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Freiberg vom Juli vergangenen Jahres behandelt. Angeklagt sind Mario Feldmann (21) und Dominik Kussmann (17), die beiden sind bei Aktivitäten von „Freien Kameradschaften" in Freiberg bereits vorher schon aufgefallen. Der Prozess soll am 23. März beginnen.

Kein Strafverfahren gegen Hohmann

Im Nachgang zur Rede von Martin Hohmann am 3.10.2003 in Neuhof teilte die Staatsanwaltschaft Fulda am 5. Februar 2004 mit, dass „die Prüfung eines Anfangsverdachts gegen den MdB Martin Hohmann wegen Volksverhetzung, Beleidigung und übler Nachrede auf die Anzeigen verschiedener Verbände und Einzelpersonen (…) zur Ablehnung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft" geführt hat. „Freispruch für Hohmann" titelte die „Junge Freiheit" daraufhin jubelnd am 13.02.2004.

Indes wurde am selben Tag beim Kreisparteitag in Petersberg der Kommunalpolitiker Fritz Kramer (CDU) in seinem Amt als Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Fulda mit 292 von 314 Stimmen bestätigt. Eigentlich wollte der 63-jährige gar nicht mehr antreten. „Doch angesichts der Geschehnisse um Martin Hohmann habe dies wie eine Fahnenflucht aussehen können. Doch er sei nicht fahnenflüchtig!", heißt es in der Pressemitteilung des CDU-Kreisverband Fulda. Bundesweit bekannt geworden war Kramer als vehementer Verteidiger Hohmanns, der seinem Parteikollegen assistiert, kein Antisemit zu sein.

Harmonisierende Rivalen

Ronald Schill und Bolko Hoffmann bilden „Deutsche Mitte“

Umfangreiche Video-Überwachung, Verdachtsausweisung von Islamisten, Beschäftigungszwang für Sozialhilfeempfänger und Schutz der Kleingärten. Das Programm der „Pro Deutsche Mitte/Schill“ lässt kaum Wünsche der „rechtschaffenen“ Bürger offen. Mit seiner neuen Partei möchte Ronald B. Schill seine früheren Wähler wiedergewinnen.

Von Andreas Speit

Am 4. Januar dieses Jahres verkündete Hamburgs ehemaliger Innensenator die Fusion der „Ronald Schill-Fraktion“ und der Partei „Pro Deutsche Mitte“. Gerüchte um einen Zusammenschluss mit der Partei des millionenschweren Unternehmers Bolko Hoffman aus Düsseldorf kursierten schon länger. Doch erst an diesem Sonntag traten der geschasste Gründer der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO) und der alleinherrschende Bundesvorsitzende im Airport-Hotel als neue Politikliaison vor die Presse und stellten ihre 19 Kandidaten für die Hamburger Bürgerschaftswahl vor. Neben Schill bilden Katrin Freund und Imke Noack die Spitze. Hoffmann hilft als finanzkräftiger Partner mit etwa 500.000 Euro aus dem Hintergrund.

Schon vor dem ersten Parteitag der PRO im Jahr 2000 hatte Hoffmann Schill mit einer Million dienlich sein wollen. Damals lehnte Schill ab, da die PRO sich dafür in die Pro DM einordnen sollte. Die Million, erzählt Hoffmann später, wollte Schill für sich. Es folgten 2001 gerichtliche Auseinandersetzungen um das Parteikürzel und eine Verleumdungsklage von Schill. Der „unseligen Verleumdungsklage“, beschwichtigt Hoffmann heute, „liegt ein Missverständnis zugrunde“. Überhaupt so die unausgesprochene Botschaft: alles alte Geschichten. Die Liaison ist schließlich ein Pakt von dem sich beide in der Zukunft etwas erhoffen: Schill Geld für seine Getreuen und Hoffmann Ausstrahlung für seine Partei. Denn politische Erfolge konnte der Unternehmer bisher nicht feiern.

Bereits 1998 gründete Hoffmann mit etwa 100 Anhängern die „Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei“ in Düsseldorf, um die Deutsche Mark zu retten. Mit 20 Millionen Mark zog die Initiative in die Bundestagswahl 1998. Sie erhielt 0,9 Prozent der Stimmen. Einen weiteren Mißerfolg landete sie bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001, wo sie 1.525 Wähler für sich gewinnen konnte. Nach der Einführung des Euro nannte sich die Initiative, welche ihren Bundessitz in Hoffmanns Büroräumen hat, in „Pro Deutsche Mitte“ um.

Bis zum Zusammengehen mit Schill konnte Hoffmann kaum neue Mitglieder gewinnen. Hoffmann, der das Börsenblättchen „Effecten-Spiegel“ herausgibt, sowie Chef der gleichnamigen Beteiligungsgesellschaft ist, die unter anderem knapp 45 Prozent der „Informations AG“ von Moritz Hunzinger und 0,5 Prozent der Audi-Aktien hält, scheint sowieso nur mit einem kleinen Personenkreis enger zusammenarbeiten zu wollen. Laut Satzung der Pro DM „obliegt es alleine dem Bundesvorsitzenden oder seinem Beauftragten (...) wichtige politische Stellungnahmen“ abzugeben.

Das „liberale“ im Namen spiegelt sich im Programm vor allem bei den neoliberalen Wirtschaftsideen wieder, wenn gefordert wird den „Bürger (...) vor bürokratischen Übergriffen des Staates und der Übermacht der Großkonzerne“ zu schützen, die „Wirtschaft (...) von überwiegend bürokratischen Vorschriften“ zu entlasten und die „Steuerbelastung für alle Unternehmen gleichmäßig“ zu erheben. In den Forderungen zur EU- und Einwanderungspolitik offenbart sich das „deutsche“. Es könne „nicht sein, daß Deutschland 2/3 der Lasten“ der EU trage und „europaweit die meisten Zuwanderer“ aufnehme. Widersprochen wird einer „übertriebenen Einbindung Deutschlands in Europa“ und eine „Zuwanderungsbeschränkung“ befürwortet. In der Satzung raunt es nicht weniger national: „Wer nicht deutscher Staatsbürger ist kann nur dann (...) aufgenommen werden, wenn er mindestens drei Jahre ununterbrochen in der Bundesrepublik“ wohnt.

Diese Positionen der Pro-DM finden sich ähnlich in den Konzepten des 1998 gescheiterten „Bund Freier Bürger/ Offensive für Deutschland“ (BfB/OfD). Keine Überraschung, bewegen sich doch beide in der Tradition des Nationalliberalismus, in der liberales Denken mit konservativen Werten verwoben ist, so dass aus der freiheitlichen Tradition ein Liberalismus der „Pflicht zum Staat und zur Macht“ und „Bekenntnis zum freien Wettbewerb“ wird.

Aber nicht die theoretische Reflektion treibt Hoffmann an. Vielmehr sei er ein „Mann ohne jeden Tiefgang“, weiß Moritz Hunziger von der Informations AG über seinen Mehrheitseigner zu berichten. Nach eigenem Bekunden handele der 65-Jährige aus Sorge. Schließlich könne er mit den „meisten Parteien nichts anfangen. Die CDU ist die Partei der Streber und Kapitalisten. Die SPD die der Penner und Faulenzer. Die Grünen die der Schwulis und Chaoten“.

Der Zusammenschluß mit der „Ronald-Schill-Fraktion“ sei indes schnell am Telefon ausgehandelt gewesen. Schill kümmert sich um die Innere Sicherheit, erläutert Hoffmann, „da habe ich keine Ahnung von“ und er selbst bemüht sich „um die wirtschaftliche Programmatik“.

Im Programm des „Pro Deutsche Mitte Landesverband Hamburg“ schimmern denn auch beinah alle Law-and-Order-Konzepten des früheren Innensenators durch - von „Asylmißbrauch stoppen“, der „Einrichtung von wirklich geschlossenen Heimen“ bis hin zur „Möglichkeit der verdachtsunabhängigen Kontrolle“.

Auf den „guten Namen“ Schills läßt Hoffmann nach der Fusion nichts mehr kommen. So weit rechts stünde Schill gar nicht, erklärt er und betont „Schill hat politisches Fingerspitzengefühl“. Der Millionär verortet sich selbst „politisch absolut in der Mitte“. Ganzseitige Anzeigen in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sind für ihn kein politisches Bekenntnis („Ich schalte meine Anzeigen überall“). Auch die kostenlosen Wahlkampfbetreuung der Republikaner 1998 in Nordrhein-Westfalen durch seine Werbeagentur „Thersal“ will er nicht als politische Unterstützung verstanden wissen.

Von der neugefundenen Sympathie der einstigen Rivalen Hoffmann und Schill angetan, sollen an die 500 Personen Mitgliedsanträge gestellt haben. Gegenüber der JF berichtet der Hamburger Geschäftsführer der Pro DM/Schill, Richard Braak, die bundesweite „Ausdehnung“ habe bereits begonnen.

Ob das Geschäft zum gegenseitigen Vorteil von Dauer sein wird, liegt nicht nur an den befürchteten „Querulanten“. Auch die Profilneurosen des prozesswütigen Hoffmann und des skandalfreudigen Schill könnten der Partei ein schnelles Ende bereiten.

Zerstritten in die Bedeutungslosigkeit?

Streitereien spalten militante Nazi-Szene in den Niederlanden

Auf internationalen neonazistischen Aufmärschen wie beispielsweise dem Rudolf-Hess-Gedenkmarsch, zeigen niederländische Neonazis seit Jahren Präsenz und Stärke. Stets dabei sind auch Vertreter der „Nederlandse Volks Unie" (NVU), der ältesten extrem rechten Partei aus den Niederlanden. Doch ein seit drei Jahren andauernder Streit lässt sie mehr und mehr in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Von John Postma

Gegründet wurde die „Nederlandse Volks Unie" (NVU) am 27. März 1971 auf Basis einer Kooperation zwischen „Actiegroep Vlaanderen" und „Nieuw Rechts Front". Programmatisches Ziel ihrer völkisch-nationalistischen Politik ist der revanchistische Kampf für die Wiedervereinigung der Niederlande und Flandern sowie die Ausweisung von MigrantInnen. Zum Parteiführer wurde 1974 Joop Glimmerveen gewählt. In der Öffentlichkeit fiel die Partei immer wieder durch ihre deutlich rassistischen Äußerungen und Gewalttaten auf. Ein 1978 von einem Amsterdamer Gericht ausgesprochenes Verbot der NVU wurde aufgrund von Verfahrensfehlern nicht rechtskräftig. In den folgenden Jahren radikalisierte sich die Partei und trat öffentlich für die Rehabilitierung Hitlers und des Nationalsozialismus ein. In Folge von Verurteilungen führender Mitglieder wegen Aufstachelung zum „Rassenhass" sowie fortwährender Streitereien innerhalb der NVU kam es zu einer Reihe von Spaltungen, bis die Partei 1987 schließlich von der Bildfläche verschwand.

Neubeginn

1996 belebte Glimmerveen gemeinsam mit Constant Kusters, einem ehemaligen Mitglied der extrem rechten „Centrum Partij '86", die NVU neu. Wie zuvor trat er als deren Parteivorsitzender auf, während Kusters das Amt des Parteisekretärs und Kassenwarts übernahm. Auch Eite Homan, Führer der „Aktionsfront Nationale Sozialisten - Gau Niederlande" (ANS), war am Neubeginn beteiligt. Er und Kusters hatten ein Jahr zuvor die „FAP-Arbeiderspartij" gegründet, die niederländische Variante der 1995 in Deutschland verbotenen FAP. Die NVU ging mit neuem Elan an die Arbeit. Sie organisierte einige Treffen, zu denen zumeist knapp 40 Neonazis, darunter auch einige Deutsche, anreisten.

2001 wurde Kusters zum Vorsitzenden der Partei gewählt, was eine Radikalisierung der Partei befürchten ließ. Im Mai des Jahres plädierte beispielsweise der in den Niederlanden lebende deutsche Neonazi Michael Krick auf einem Treffen für den bewaffneten Kampf im Stile der baskischen Organisation ETA. Doch Kusters, der zwischenzeitlich eine Gefängnisstrafe abgesessen hatte, änderte ab Anfang 2002 die offizielle Parteilinie: Von jetzt ab sollte sich die NVU ganz auf legalem Boden bewegen. Inoffiziell hatte er bereits vor seiner Verhaftung mit dieser Politik begonnen. Der erste Schritt war eine offiziell angemeldete und durchgeführte Demonstration im Vorfeld der Kommunalwahl in der ostniederländischen Kleinstadt Kerkrade am 24.03.2001. Als örtlicher Spitzenkandidat der NVU kandidierte dort der deutsche Neonazi und ehemalige FAP-Aktivist aus Korschenbroich, Christian Malcoci. Am 26.01.2002 marschierte die NVU in Rotterdam auf. Auch hier meldete Kusters die Demonstration an. Während in Kerkrade noch annährend 100 Neonazis mit deutscher Unterstützung durch die Stadt zogen, waren in Rotterdam nur noch 80 und bei einer dritten Demonstration nur wenig später in Harderwijk gerade einmal 70 Aktivisten auf der Straße. Ihnen gegenüber standen stets große antifaschistische Gegendemonstrationen. Ein ähnlicher Ablauf kündigte sich auch für eine am 8.03.2003 in Apeldoorn angemeldete Demonstration der NVU an. Noch während sich die Neonazis auf einem Parkplatz versammelten verbot die Stadtverwaltung die Demonstration. Antifaschistische Gruppen hatten die gesamte Stadt blockiert. Daraufhin besetzten die angereisten Neonazis die nahegelegene Autobahn. Kusters hielt sich von dieser Aktion fern, um so dem Ärger mit der Polizei aus dem Weg gehen zu können.

Aufbrechende Konflikte

Dieses Verhalten von Kusters wurde

jedoch von den militanten Aktivisten, die unter dem Einfluss von Homan und Krick stehen, offen kritisiert. Bereits in Apeldorn zeigte sich diese Konfrontationslinie. Auf der Demonstration trugen sie unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift: „Stoppt die zionistischen Attacken gegen den Irak und Palästina. Stopp Zionismus. Antizionistische Aktion". Ein Slogan, der klar gegen die Linie von Kusters verstieß. Auch Glimmerveen schaltete sich in den Konflikt ein und demontierte Kusters in der Parteizeitung „Wij Nederland" („Wir, die Niederlande") unter der Überschrift: „Das Auftreten des NVU-Clown Kusters. Das letzte Kapitel". Das 40 Seiten lange Elaborat gipfelte in dem Vorwurf, dass Kusters die Partei nur für seine eigenen Interesse gebrauche und als Kassenwart Geld in seine eigene Tasche abzweige. Kusters geriet in die Defensive und ernannte als Reaktion auf die Vorwürfe seinen langjährigen Freund Michel Boerboom zum neuen Hüter der Finanzen. Auch von Seiten anderer neonazistischer Gruppen wurde zunehmend Kritik an Kusters laut, vor allem von „Stormfront Nederland" (SN) sowie der niederländischen Division von „Blood & Honour".

„Stormfront Nederland"

Gegründet wurde die SN im Oktober 2000. Die beiden maßgeblichen Anführer, Olivier Oomen und Remy Hoven waren vorher sowohl bei der „Centrum Party '86" als auch bei der NVU aktiv. Nachdem sie gemeinsam mit Dave Blom, dem ehemaligen Sänger der RechtsRock-Bands „Landstorm" und „Brigade M" als auch Mitglied der C'86 und der NVU, im November 1999 einen jüdischen Friedhof in Den Haag verwüstet hatten, wurden sie aus der NVU ausgeschlossen. Die SN präsentierte sich mehr als eine Aktionsgruppe und hegte nicht den Anspruch als Partei aufzutreten. Anklang fand sie vor allem bei extrem rechten Fans von Gabber-Musik, einem sehr harten und schnellen Tekkno-Stil, der ursprünglich aus Rotterdam kam. Gezielt verteilten SN-Aktivisten in Fußballstadien oder bei Tekkno-Parties Flyer ihrer Organisation. In der Öffentlichkeit fiel die Gruppe vor allem mit der Verwüstung jüdischer Friedhöfe sowie durch einen gezielten Überfall auf eine Danceparade in der City von Rotterdam auf. Ihre Akzeptanz in der neonazistischen Szene verspielte sie, als SN-Aktivisten am Rande eines Oi-Konzert am 8.09.2001 in Gehlen mit Anhängern der NVU in Streit gerieten und anschließend die Konzerthalle „entglasten". Diese Aktion traf bei den militanten Kräften auf wenig Verständnis, die die Aktivisten der SN nun mehr in Internet-Gästebüchern als „Kiffer" und „Gabber-Abschaum" bezeichneten. Die SN tritt seitdem nur noch durch verbale Attacken auf ihrer Internetseite in Erscheinung.

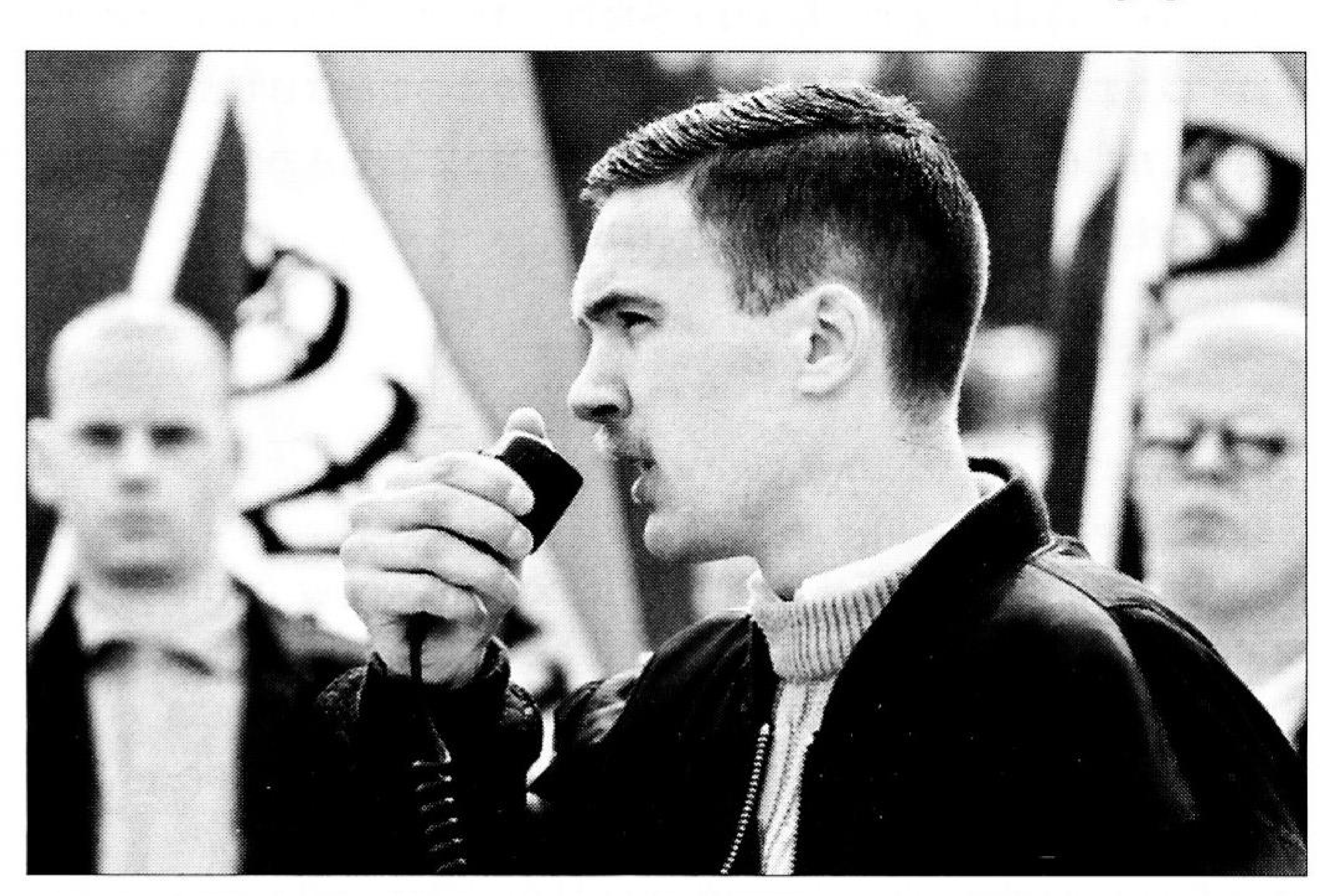
„Blood & Honour Netherlands"

Die ersten Lebenszeichen der niederländischen „Blood & Honour" (B&H) Division (BHNL) waren 2001 nach dem geschilderten Zwischenfall in Gehlen auf der Homepage des deutschen Pärchens Harald Paulsen and Bianca König, die in Heerlen leben, auszumachen. Doch erst 2002 begannen die früheren NVU-Aktivisten Niels Ritmeester und René van Zon die „offizielle" B&H Division aufzubauen. BHNL wurde zu einem Sammelbecken unzufriedener NVU-Aktivisten, darunter auch Stefan Wijkamp und die Freundin von Michael Krick, Daisy Brouwer. Die Gruppe organisiert vor allem „spontane" Demonstrationen oder Partys und ist auch in das internationale B&H-Konzertnetzwerk integriert. Bei einem von „B&H Midgard" organisierten internationalen RechtsRock-Konzert am 29.03.2003 in Mourcourt in Belgien übernahmen BHNL die Security.

„Weerwolf Nederland"

Aus den Niederlanden tauchten in den letzten zehn Jahren immer wieder Anti-Antifa-Postillen in Deutschland auf, in denen Antifaschisten und Politiker bürgerlicher Parteien mit Namen und Adressen publiziert wurden. Eine neue Dimension dieser Aktivitäten wurde mit der Gründung von „Weerwolf Nederland" (WN) erreicht, die auf ihrer Homepage seit 2002 Informationen über die Feinde des Nationalsozialismus (MigrantInnen, JüdInnen, AntifaschistInnen und RepräsentantInnen des Staates) veröffentlichen. Initiiert wurde diese Internetseite von der niederländischen ANS. Allerdings haben sie bis heute kaum investigative Informationen herausgegeben, sondern lediglich veraltete, öffentlich zugängliche Informationen über Minister und Parteiführer.

Die Macher der Seite weisen im übrigen eine deutliche Nähe zur NVU auf. Dave Blom beispielsweise veröffentlichte auf der Seite Bilder von DemonstrantInnen gegen die Nazi-Aufmärsche in Rotterdam und Apeldoorn. Ebenso gehören auch Bas de Man und Patrick de Bruin zum Umfeld der Partei. De Man stammt aus Den Haag und war vormals Aktivist der SN, während die Karriere von de Bruin bei der „Nieuwe Nationale Partij" begann. Beide fotografieren gezielt AntifaschistInnen als auch Polizisten und Zuschauer auf den jeweiligen Gegendemonstrationen und veröffentlichen die Bilden dann auf der Homepage der WN.



Konstant Kusters in Kerkrade im März 2001
großes Bild links: 150 deutsche und niederländische Neonazis beteiligten sich an dem Aufmarsch in Kerkrade

Offene Kritik an der NVU

Nachdem Kusters im Herbst 2003 der Fernsehmoderatorin Catharine Keyl ein Interview gegeben hatte, kochte der Ärger gegen ihn bei den Kameraden hoch. Für die militanten Neonazis ist Keyl eine Jüdin, mit der man nicht spricht. Dementsprechend veröffentlichte BHNL auf ihrer Homepage ein Pamphlet mit dem Titel „Das wahre Gesicht des Parteivorsitzenden der Niederländischen Volksunion", in dem sie Kusters vorwerfen, dass „der ‚echte' Nationalsozialist" mit einer Jüdin redet, „als ob alles in Ordnung wäre". Ihre Agitation gegen Kusters gipfelt in dem Vorwurf, dass er seine niederländischen und deutschen Kameraden betrüge. Auch die anderen Gruppen stimmten in die Vorwürfe ein. Kusters reagierte, indem er sich jeder Kritik von außen an der NVU verwahrte und nun wieder auf markige Worte setzt: „Am 28. Oktober 2003 hat sich die NVU entschieden, einen anti-zionistischen Standpunkt zu beziehen. Dies ist eine Reaktion auf die pro-zionistischen Ambitionen von politischen Gruppen wie der ‚Nieuwe Nationale Partij' und ‚Nieuw Rechts'. Wir brauchen keine Kopie des Vlaams Blok in den Niederlanden, der mit Rabbinern spricht, um mehr Wählerstimmen zu erhalten."

Die Frage aber ist, inwiefern der erneute Richtungswechsel der Partei ihr politisches Überleben in diesen Kreisen sichern kann. Die Kritik an Kusters besteht weiterhin und nimmt in letzter Zeit sogar noch zu. Doch während unsicher ist, wie sich die NVU weiterentwickeln wird, ist eines gewiss: sie hat in den Niederlanden kein Potential für wirklichen Erfolg.

John Postma ist Mitarbeiter des niederländischen Antifa-Magazins „Alert!".

Helvetischer Revisionismus

Nicht nur in Deutschland tummeln sich Revisionisten aller Couleur: Auch in der Schweiz wird Holocaustleugnung und Geschichtsklitterung betrieben. Revisionistische Geschichtspolitik findet dabei nicht nur am äußersten rechten Rand Anklang.

Von Nicole Burgermeister

Bevor in der Schweiz im Januar 1995 die Antirassismus-Strafnorm in Kraft trat, war das Land eine Rechtsinsel, von der nicht zuletzt Holocaustleugner gerne profitierten: Problemlos konnten von hier aus Bücher und Schriften verbreitet werden, die in anderen Ländern bereits seit längerem unter Strafbestimmungen fielen. Der Lausanner Alt-Faschist Gaston-Armand Amaudruz vertrieb jahrelang Schriften des „Kritik-Verlag" von Thies Christophersen, wie dessen „Auschwitz-Lüge" oder „Der Auschwitz-Mythos" von Wilhelm Stäglich. Für die Aufrechterhaltung eines internationalen Kontakt- und Informationsnetzes von Holocaustleugnern und Geschichtsrevisionisten spielte Amaudruz eine wichtige Rolle.

Kein Wunder, dass gerade Leute wie Amaudruz zu den erbittertsten Gegnern der Schaffung der Antirassismus-Strafnorm gehörten: Im Frühjahr 1994 gründeten die seit Anfang der 1990er Jahre aktiv gewordenen Holocaustleugner Arthur Vogt, Jürgen Graf, Bernhard Schaub und Andres J. Studer die „Arbeitsgemeinschaft zur Enttabuisierung der Zeitgeschichte", mittlerweile in „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte" (AEZ) umbenannt. Im Zuge des Abstimmungskampfes um das Antirassismusgesetz versandte die AEZ massenweise Holocaust-leugnende Literatur.

Trotz etlicher Klagen und Strafverfahren waren die Schweizer Holocaustleugner aber auch nach 1995 weiterhin aktiv; die AEZ-Zeitschrift „Aurora" erschien bis 1997 regelmäßig, in verschiedenen Schriften wurde die Existenz der Gaskammern geleugnet und die Ermordung von „mythischen 6 Millionen" Menschen angezweifelt. 1999 wurde der negationistische Verein „Vérité et Justice"/"Wahrheit und Recht" (V&J) von AktivistInnen aus der deutschen und französischen Schweiz gegründet, darunter Graf und Amaudruz. Der Verein unterstützt u.a. Personen, die wegen des Verstoßes gegen das Antirassismusgesetz angeklagt sind. V&J-Vertreter waren immer wieder gern gesehene Gäste und RednerInnen bei rechten Veranstaltungen und internationalen Holocaust-Leugner-Kongressen wie 2002 in Moskau, wo V&J-Sekretär René-Louis Berclaz u.a. über die „Erpressung der Schweiz" im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sprach. Im Jahr zuvor hatte V&J zusammen mit dem US-amerikanischen „Institute for Historical Review" eine großangelegte Konferenz in Beirut geplant, die trotz wohlwollender Presse dann aber von der libanesischen Regierung verboten wurde. Bei der Konferenz mit dem Titel „Revisionismus und Zionismus" hätte auch Horst Mahler sprechen sollen. Trotz des Verbotes der Vereinigung im März 2002 fanden sich Anfang Januar 2004 in der Westschweiz wieder V&J-Flugblätter und auf ihrer Homepage wurden Texte mit antisemitischen und revisionistischen Inhalten platziert.



Neonazis aus der Schweiz beim Rudolf-Hess Marsch in Wunsiedel am 17.8.2002. Schweizer Holocaustleugner sind bei solchen Anlässen gern gesehene Gäste.

Viel unterwegs ist zur Zeit der gerade bei deutschen Rechtsextremen populäre Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub. AEZ-Mitglied Schaub ist u.a. Verfasser des 1992 erschienen Buches „Adler und Rose. Wesen und Schicksal des deutschsprachigen Mitteleuropa", in dem er die Shoah leugnet und um die Schweiz als das „Ziel einer jüdischen Verschwörung, die eine „Neue Weltordnung" errichten will" fürchtet. Schaub trat im letzten Jahr bei verschiedenen Kundgebungen und Veranstaltungen in der Schweiz auf, zudem beteiligte er sich an Demonstrationen gegen den Krieg im Irak. Ein willkommener Gast und Redner ist Schaub auch bei deutschen Organisationen wie der NPD, dem „Bündnis Rechts" oder der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", z.B. trat er bei der Kundgebung gegen die „Wehrmachtsausstellung" im Januar 2003 in Schwäbisch-Hall auf. Für den 17. Januar dieses Jahres hatte die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" zu einer Veranstaltung mit Schaub in Freiburg im Breisgau aufgerufen, die dann aber von der lokalen Antifa verhindert werden konnte. Weitere Veranstaltungen mit Schaub sind bereits angekündigt, so plant die „Plattform Neue Ordnung (PNO)" – als geplanter Dachverband der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG)" und der sich neu gründenden „Bewegung Neue Ordnung (BNO)" - für den 30. Mai eine grosse Saalveranstaltung mit dem Holocaustleugner in Baden-Württemberg.

Erpresste Schweiz

Es wäre auch im Fall der Schweiz zu



kurzsichtig, revisionistische Tendenzen nur am äussersten rechten Rand der Gesellschaft verorten zu wollen. Immerhin zeigt auch der neugewählte Bundesrat Christoph Blocher Verständnis für Holocaustleugner wie Jürgen Graf („wie recht er doch hat", vgl. DRR Nr.86).

Antisemitische und revisionistische Tendenzen stiessen nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Debatten um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf nicht geringe Resonanz, auf den Leserbriefseiten ebenso wie in der bürgerlichen Presse und der offiziellen Politik. Auch wenn sich dabei kaum jemand so weit vorwagte, die Shoah selbst in Frage zu stellen, so war für viele doch klar: Die Aufforderungen vor allem von Seiten der USA, sich der Verantwortung, was die damalige Rolle der Schweiz angeht, zu stellen, war „Erpressung" - ein Versuch, die Schweiz zu „destabilisieren und zu kompromittieren" (Bundesrat Delamuraz). Die Erkenntnisse, zu denen die schließlich 1996 hauptsächlich auf Druck des Auslands eingesetzte „Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg" (Bergier-Kommission) (UEK)" in ihrer breitangelegten Untersuchung kam, waren, wenn auch nicht neu, so doch brisant: Die Rückweisung von mindestens 25.000 Flüchtlingen an der Schweizer Grenze, die Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Grenzwächtern, die wichtige Rolle der Schweiz und ihrer Banken als Finanzdrehscheibe für Hitlerdeutschland, die Mythologisierung autoritärer militärischer und politischer Führerfiguren, das Festhalten an dieser nazideutschlandfreundlichen Politik trotz des Wissens um die Geschehnisse. Fakten, die auch in öffentlichen Debatten immer wieder verschwiegen, wenn nicht verleugnet werden.

Vereinigungen wie der 1998 gegründete „Arbeitskreis Gelebte Geschichte (AGG)" oder die „Interessensgemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg" (IG) versuchen mittels pseudowissenschaftlicher und antisemitischer Veröffentlichungen in „offenen Briefen" und rechtsextremen Zeitschriften, das Bild von der tapferen, wehrhaften und neutralen Schweiz wieder zurechtzubiegen. Dem Vorstand des AGG gehören zwanzig namhafte „Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges" aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Armee an. Auf Initiative des Arbeitskreises wurde im Juni 2000 auch die IG als Dachverband von 19 rechtskonservativen Gruppierungen gegründet; darunter verschiedene nationalistische und christlich-fundamentalistische Organisationen wie „Identität Schweiz", die „Aktion Aktivdienst", die der Blocherschen Jungschar „Junge Schweizerische Volkspartei" nahe stehende „Junge Vereinigung Zukunft Schweiz" oder der vom VPM-nahen Medizinprofessor Hans Kobelt präsidierte „Verein Gesellschaft und Kirche wohin?". Nach eigenen Angaben zählt die IG rund 20.000 Mitglieder. Die vertretenen Positionen scheinen gut anzukommen: Das vom AGG herausgegebene antisemitisch-revisionistische Pamphlet „Erpresste Schweiz. Eindrücke und Wertungen von Zeitzeugen" wurde von der „Neuen Zürcher Zeitung" als „wertvolle Bereicherung, beziehungsweise ein Korrektiv" zur Arbeit der Bergier-Kommission gepriesen. Die Sympathien für eine solche Geschichtspolitik sind nicht zuletzt in Blochers „Schweizerischen Volkspartei" (SVP) groß.

Doppeldeutigkeiten

Überlebendenorganisationen verlassen Stiftung

Ein präzedenzloser Schritt in der Geschichte der deutschen Erinnerungskultur – so bezeichnete die „Süddeutsche Zeitung" den Austritt des Zentralrats der Juden und anderer NS-Opferorganisationen aus der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten" Ende Januar diesen Jahres. Sächsische CDU-Landespolitiker versuchten derweil, den Konflikt auf Missverständnisse herunterzuspielen.

Von Gerd Pfarrland

Was war geschehen? Salomon Korn, Gedenkstättenbeauftragter und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte in einer Presseerklärung vom 21. Januar diesen Jahres erklärt, dass die Neugestaltung der sächsischen Gedenkstättenarbeit für den Zentralrat „nicht länger hinnehmbar" sei und dieser die Mitarbeit in der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten" daher beende. Der Grund sei vor allem „die sich abzeichnende Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen gegenüber denen des Stalinismus und der Staatssicherheit der DDR". Aufgrund einer „Zwangsvereinigung" der NS- und Stalinismus-Opferverbände im Beirat der Stiftung drohe die Gefahr, dass „fundamentale Unterschiede" zwischen NS und Stalinismus eingeebnet würden. Korn kritisierte überdies den in dem Stiftungsgesetz verwendeten Begriff der „doppelten Vergangenheit" für Gedenkstätten, an denen sowohl NS-Verbrechen als auch SBZ- bzw. DDR-Repression verortet war. Diese Bezeichnung sei Ausdruck einer „Waagschalen-Mentalität", mit dem NS und Kommunismus in jeweils einer Waagschale.

Der Geschäftsführer der Stiftung, Norbert Haase, bedauerte den Austritt des Zentralrats, erklärte aber, dass er nicht erkennen könne, dass die Relativierung der NS-Verbrechen „etwas mit unserer Arbeit zu tun" habe. Diese ziele seit Anbeginn darauf, an die Opfer zu erinnern, ohne „das jeweilige Unrecht und das Leid gegeneinander aufzurechnen, zu bagatellisieren oder zu relativieren".

Ein Blick auf das Ende Februar letzten Jahres vom Sächsischen Landtag verabschiedete „Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft", das der Stiftung zugrunde liegt, lässt andere Schlussfolgerungen zu. Bemerkenswerter Weise findet man darin nicht ein einziges Mal Begriffe wie Nationalsozialismus, KZ, Stalag, Shoah, Holocaust oder Ähnliches. Dagegen wird entkonkretisierend opfer-, tat- und

täterlos von „politischen Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite", „Staatsterror", „Repressionsmechanismen totalitärer Diktaturen" und „staatlich organisierten Morden" gesprochen. Es ist nicht mehr zu erkennen, worüber hier geredet wird. Die Spezifik des NS, seines Verfolgungs- und Vernichtungsapparats und der Massenmord an den Juden Europas und anderer Opfer verschwinden völlig.

Weiterhin hatte Korn eine vom sächsischen Stiftungsmodell ausgehende „Re-Nationalisierung des Gedenkens" beanstandet, da jenes bundespolitische Signalwirkung in der Gedenkstättenförderung habe. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hatte im November letzten Jahres einen Antrag unter Federführung von MdB Günter Nooke unter dem Titel „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen" vorgelegt, dass am 30. Januar diesen Jahres im Bundestag debattiert werden sollte. Dieser Gesetzesentwurf bezieht sich explizit auf das sächsische Gedenkstättengesetz und bescheinigt ihm Modellcharakter. Auch hier ist von „den beiden Diktaturen" und einer „doppelten Vergangenheit" der Bundesrepublik die Rede. Die AntragstellerInnen kritisieren, dass „dem Gedenken an die Opfer der beiden Diktaturen ausgesprochen unterschiedlich Rechnung getragen" werde. Der „Zeit der SED-Diktatur" werde „auf nationaler Ebene nur marginal gedacht". Diese müsse daher nun „in viel stärkerem Maße in den Fokus nationaler Gedenkkultur" gerückt und innerhalb eines „stringenten Gesamtkonzepts" thematisiert werden.

Der Antrag fordert schließlich - aktuelle Opfer-Debatten aufgreifend - auch dazu auf, an die „Opfer von Krieg und Vertreibung" und die „Bombenopfer des alliierten Luftkrieges" in Form von „jeweils zentralen Gedenkstätten von nationaler Bedeutung" zu erinnern.

In der betreffenden Bundestagsdebatte am 30. Januar sollte der sächsische Wissenschaftsminister Matthias Rößler (CDU) als Gastredner auftreten. Doch nachdem nicht nur der Zentralrat der Juden, sondern auch die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, die VVN-BdA und das Dokumentationszentrum der Sinti und Roma ihre Mitwirkung in der Stiftung aufgekündigt und somit alle Verbände der NS-Opfer diese verlassen hatten, wurde der Gesetzesantrag vorerst vertagt, um ihn aus der öffentlichen Schusslinie zu nehmen. Im März diesen Jahres soll er aber bereits wieder vorgelegt werden.

In Sachsen ist man derweil ebenfalls um Schadensbegrenzung bemüht. Ohne die Verbände der NS-Opfer ist die Gedenkstätten-Stiftung unglaubwürdig, weswegen die Landesregierung auf die Gesprächsbereitschaft der Verbände hofft. Der Grund für den Eklat wird aber in Missverständnissen und Kommunikationsschwierigkeiten gesehen. Wissenschaftsminister Rößler hat sich so auch deutlich gegen eine Änderung des Stiftungsgesetzes ausgesprochen. Es bleibt abzuwarten, ob die Warnung vor einem erinnerungspolitischem Paradigmenwechsel und das gemeinsame Vorgehen der Verbände der NS-Opfer zu erhöhter öffentlicher Sensibilität führen werden und relativierende Bestrebungen vorerst in die Schranken gewiesen werden können.

Gratulanten für die „Junge Freiheit"

Anlässlich ihre 10-jährigen Bestehens als Wochenzeitung hat die „Junge Freiheit" (JF) Grußworte ihrer LeserInnen veröffentlicht. Darunter sind u.a. die Autoren der geschichtsrevisionistischen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (Verlagskomplex Grabert/Hohenrain) Gerard Radnitzky und Albrecht Jebens, der einstige 1. Jugendreferent im NPD-Parteivorstand Karl-Ernst Lober und die „Nation + Europa"-Leserbriefschreiber Reinhard Wick, Georg Schmelzle, Uta Fritzsche und Marius Frosch. Prominente Grußwortentsender sind u.a. Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt a.D., Herbert Fleissner, Verlagszar von Langen-Müller-Herbig, Ernst Nolte, Auslöser des Historikerstreits, Ferdinand Fürst von Bismarck, Referent bei der „Staats-und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" und Wilhelm von Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

„Vaterländische Reisen"

„Vaterländische Reisen" bietet ein „Deutscher Klub i.Gr." per Inserat in der „Jungen Freiheit" (JF) (7/04) an. Organisator der Fahrten zum Kyffhäuser und zum Kaiser-Wilhelm-II-Museum in den Niederlanden ist Gerhard Wagner (Ratingen). Wagner ist als Leserbriefschreiber in der JF und „Nation + Europa" bekannt. Er veranstaltete ehemals JF-LeserInnen-Treffen, die er später unter dem Namen „Gesprächskreis für Politik in Deutschland" fortführte. Unlängst hat Wagner eine „Initiative Pro Freiheit" gegründet.

Enzyklopädischer Versuch

Von Christian Grünert

Vergleiche hinken immer. Dennoch: suchte man zum Ende der 1980er Jahre ein Nachschlagewerk mit genauen Informationen zu Funktionsträgern des Nationalsozialistischen Staates, schlug man entweder im von Zentner/Bedürftig herausgegebenen „Lexikon zum 3. Reich" nach oder griff auf eine der zahlreichen und qualitativ sehr unterschiedlichen Gesamtdarstellungen zum Nationalsozialismus bzw. II. Weltkrieg zurück, die einen guten Überblick zu thematischen Schwerpunkten boten, aber biografische Fragen nur streiften. Erst in den 1990er Jahren ermöglichten Hermann Weiß´ „Biographisches Lexikon zum Dritten Reich" und Benz „Enzyklopädie des Nationalsozialismus" einen etwas einfacheren Überblick zu personenbezogenen Informationen, die allerdings meist 1945 enden.

Dass in den 1990er Jahren neue Lexika zu diesem Themen erschienen, war auch der Öffnung von Archiven in Osteuropa zu verdanken, die bei einigen Wissenschaftlern eine archivarische Goldgräberstimmung auslöste. Die unbürokratische Zugänglichkeit hatte allerdings mit dem Erlass neuer Archivgesetze in Osteuropa Ende der 1990er Jahre ein jähes Ende. Dennoch erschienen in den letzten 12 Jahren so viele Nachschlagewerke zum Themenkontext wie nie zuvor. So konnten viele weiße Flecken des Nationalsozialismus geschlossen, aber auch Leerstellen aufgezeigt werden.

Alle dunklen Biographien kann auch das neuen Lexikon von Ernst Klee nicht erhellen. Wie sollte aber auch ein Werk dies allein leisten können. Zu dessen Qualitäten gehört aber, dass es die neueste Forschungsliteratur berücksichtigt und zugängliche Quellen nennt. Zudem bemüht sich Klee auch nachzuzeichnen, was die porträtierten Personen nach dem Ende des NS-Staates taten, was bisher entweder nur in zeitgeschichtlich getrennten Nachschlagewerken oder gar nicht zu erfahren war. Das historische Nachschlagewerk wird so zum aktuellen Politikum.

Obwohl es sich bei den von Klee verzeichneten Personen fast ausschließlich um solche der Zeitgeschichte handelt und die Mehrzahl der genannten Akteure der NS-Zeit bereits tot sind, ergaben sich für den Verfasser nicht selten Schwierigkeiten bei der Recherche biografischer Daten. Hier ist die Akribie der Recherche und die Veröffentlichung neuer Fakten zu loben. Eine weitere Stärke des Bandes ist, dass der Autor versucht zu einer Einschätzung der Bedeutung der behandelten Personen im Nationalsozialismus zu gelangen. Ein Schwäche des Lexikons ist dem bisherigen Forschungsschwerpunkt Klees, der Medizingeschichte des Dritten Reiches, geschuldet. Denn nicht nur auf den ersten Blick weist

der Band eine deutliche Überrepräsentanz von Medizinern und Rassenbiologen auf. Gewiss, diese spielten für die Durchsetzung der NS-Ideologie eine zentrale Rolle. Auch lassen sich an diesen Personen Nachkriegskarrieren exemplarisch erläutern, doch damit sind zugleich Schriftsteller, Juristen und Akteure der Wirtschaft unterrepräsentiert.

Als Auswahlkriterium für die Aufnahme bestimmter Personen nennt Klee, dass die im Lexikon genannten Personen zur Funktionselite aller Bereiche des NS-Staates zählten und diesen repräsentierten. Nicht erwähnt wird, wie diese Funktionselite vom Autor inhaltlich methodisch eingegrenzt wurde.

Wer von diesem Buch erschöpfende, alle Bereiche umfassende Auskünfte erwartet, geht fehl. Vielmehr ergänzt Klees neues Lexikon, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Weiterhin wird man auf mehrere Nachschlagewerke zurückgreifen müssen. Aber Klee liefert nicht nur erste Ansätze für das weitere Recherchieren. Er bezieht auch Position.

Klee, Ernst: Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945; 730 S., Fischer Verlag, Frankfurt/M 2003, 29,00 Euro.

Braune Kameradschaften

Von Stephan Lindke

Unter diesem Titel haben Andrea Röpke und Andreas Speit verschiedene Autoren vereint, die in acht essayistischen, teils ins journalistische abgleitenden Texten verschiedene Aspekte des militanten Neonazismus beleuchten. Im Vorwort schreiben die HerausgeberInnen, dass es ihnen darum geht, das seit Jahren gar nicht so verborgenen arbeitende Netzwerk militanter Neonazis darzustellen und neue Tendenzen aufzuzeigen. Nach dem kurzen bürgerlichen antifaschistischen Sommer 2000 wird die Gewaltbereitschaft und die hohe Organisationsfähigkeit militanter Neonazis wieder systematisch verleugnet, obwohl gerade jüngste Waffen- und Sprengstofffunde das Gegenteil aufzeigen.

Die Autoren um Röpke und Speit, deren Texte durchgängig auf jahrelangen fundierten Recherchen beruhen, haben es geschafft, in kurzen Essays komplexe Themen anschaulich darzustellen. Punktuell wünscht man sich tiefergehende Informationen oder Quellenangaben, was aber bei der Grundkonzeption des mit knapp 200 Seiten eher kleinen Buches mit vielen qualitativen Texten nicht möglich ist. Über einen breiten Einstieg in das Thema „Freie Kameradschaften" bietet der Sammelband aber auch mit der Materie vertrauten LeserInnen immer wieder neue, aktuelle Informationen und gerade die Breite der angerissenen Themen verblüfft. Es zeigt sich, dass es sich bei den „Freien Kameradschaften" mitnichten nur um eine kleine marginale Schar tumber NS-Apologeten handelt.

Neonazistische Aufmärsche wie jüngst in Hamburg gegen die „Anti-Wehrmachsausstellung" und ausgehobene militante Gruppen wie die Münchener Kameradschaft Süd oder der Schleswig-Holsteiner Combat 18-Ableger sind nur die präsentesten und auch in der bürgerlichen Presse auftauchenden Pole eines verwobenes Netzwerks, das sich selbst gern auf den „Führerlosen Widerstand" beruft, aber bei einer Gesamtbetrachtung sehr geschlossen und strukturiert handelt. In Teilen hat diese Struktur mittlerweile ausgemachte Verbindungen ins kriminelle Milieu entwickelt und auch das Bild von dumpfen rechten Einzeltätern ist schon seit langem zu revidieren.

Die AutorInnen zeigen auf, dass die „Freien Kameradschaften" auf jahrelang gewachsene Strukturen zurückgreifen können. Gezielte Immobilienkäufe sichern die Basis an Schulungszentren; Kneipen, Geschäfte, Labels und eigene Modemarken sichern die finanzielle Basis und sind neben konspirativ organisierten RechtsRock-Konzerten ein wichtiger Bestandteil einer sich niedrigschwellig gerierenden neonazistischen Erlebniswelt, in der sich auch junge Frauen zunehmend selbstbewusst organisieren.

Gerade die hohe Beteiligung internationaler Nazi-Gruppen an Aufmärschen und die internationalen Produktions- und Vertriebswege bei der RechtsRock-Musik zeigen, dass die bundesdeutsche Struktur Bestandteil eines komplexen internationalen Netzwerkes ist.

Resümierend ist der Sammelband eine gelungene Zusammenstellung, die gerade für interessierte LeserInnen die sich dem Thema nähern wollen, einen guten Einstieg ermöglicht.

Andrea Röpke/Andreas Speit (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Chr. Links Verlag, Berlin 2004. Erscheint im März 2004, ca. 15,- Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324,
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Küsse auf Eis

Von Raimund Hethey

Gisela Karau, Jahrgang 1932, ist eine junggebliebene, freundliche Berlinerin, die 1950 nach dem Abitur ihren Berufsweg als Journalistin bei der „BZ am Abend" begann und dort bis 1990 als Kolumnistin tätig war. In den siebziger Jahren wandte sie sich der literarischen Arbeit zu. Sie schrieb Kinderbücher, „Der gute Stern des Janusz K." (eine mitreißende Erzählung einer Jugend in Buchenwald). 1993 wurde dieses Buch von der Stiftung Lesen für den Schulunterricht empfohlen. Außerdem schrieb sie Romane („Die Liebe der Männer", „Marthas Haus" oder „Der Kopf im Keller", „Buschzulage") und leistete mit dokumentarischen Arbeiten wie „Grenzprotokolle" und „Stasiprotokolle" Beiträge zur Geschichtsaufarbeitung.

„Küsse auf Eis" erzählt eine Geschichte um zwei Gymnasiast(inn)en aus Berlin, Indira und Henry, die ineinander verliebt sind. Helmut, ein zwiespältiger Betreiber eines Reiterhofes will Henry unbedingt von Indira trennen und ihn in seinen Bann ziehen. Indira findet durch halsbrecherische Nachforschungen heraus, dass der Reiterhof in Wirklichkeit ein Nazi-Treff ist. Nun stellt sich die Frage, ob Indira es wohl schaffen wird, den teuflischen Einfluss, dem Henry zu erliegen droht, mit der Kraft ihrer Liebe zu stoppen und welchen Preis sie dafür bezahlen muss. Das Ende ist durchaus different und gelungen geschrieben.

Gisela Karau hat sich in der Entstehungsphase ihres lesenswerten Jugendromans die Frage gestellt, wie es nach dem Anschluss der DDR an die BRD zu einem sprunghaften Anstieg der Neonazis kommen konnte. Sie selbst hatte in einer Situation erfahren müssen, dass Neonazi-Pöbeleien einfach nur hingenommen wurden und sie als einzige, ältere Dame, es gewagt hatte, ihren Mund aufzumachen. Einmal mit dem Nazi-Problem konfrontiert, beschloss sie, den Stoff in einem Jugendbuch zu bearbeiten. Sie recherchierte und analysierte in den Bereichen „Antifaschismus" und „Neonazismus". Insbesondere die Figur des Neonazis Thomas Dienel aus Thüringen, seine Wandlung vom SED-Funktionär zum Neo-Nazi und seine Ausstrahlung auf Jugendliche interessierte sie. Ihre Ergebnisse arbeitete Gisela Karau in die Romangestalt des Reiterhof-Besitzers ein.

Der spannend zu lesende Roman zeigt, dass man sich dem Problem des Neonazismus auch literarisch sinnvoll nähern kann.

Gisela Karau: Küsse auf Eis, Dietz Verlag, Berlin 1997 (edition reiher), 239 S. [antiquarisch 6,25 Euro].

Demokratische Stadtkultur als Herausforderung

Von Christian Dornbusch

Mit sozialwissenschaftlichem Instrumentarium untersuchen die Autoren zwei Kleinstädte, „Steinfee" in Thüringen und „Königsforst" in Brandenburg, hinsichtlich ihres Umgangs mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Originalnamen der Städte wurden aus Datenschutzgründen ausgetauscht. Neben einer kurzen Darstellung der lokalen Gegebenheiten werden die unterschiedlichen Definitionen des extrem rechten Problems sowie die vorhandenen örtlichen Ressourcen, die sich gegen dieses wenden, dargestellt und analysiert. Primäres Anliegen der vergleichend angelegten Studie ist zu zeigen, wie und mit wem unter welchen Bedingungen eine demokratische Stadtkultur gestärkt und ausgebaut werden kann. Daraus, so die Autoren, ergibt sich dann sekundär auch die Bekämpfung extrem rechter Tendenzen. Zentrale Bedeutung messen sie den Kooperationsnetzwerken bei, d.h. dem Zusammenwirken von bürgerlichen Parteien, Bündnissen gegen Rechts, Sozialarbeitern, Polizei und anderen örtlichen Honoratioren.

Positiv hervorzuheben ist an dem Buch die umfassende Analyse örtlicher Kommunikationsnetzwerke und auch der unterschiedlichen Problemdefinitionen. Gerade durch den Vergleich wird ein guter Einblick gegeben, wo, wann und welches Handeln förderlich oder weniger förderlich ist und mit welchen Hürden sich Aktive allerorts, mal mehr, mal weniger, auseinanderzusetzen haben.

Dennoch wirft die Publikation Fragen und Kritik auf. Nicht ersichtlich ist, inwiefern die Ergebnisse auf die alten Bundesländern übertragbar sind, in denen zumindest mancherorts eine gewachsene und gut funktionierende demokratische Stadtkultur besteht. Problematisch ist, dass im Fokus der Arbeit vorwiegend extrem rechte Jugendliche stehen. Organisierte Strukturen der Neonazis werden kaum thematisiert, ebenso wenig der gerade in Thüringen und in Brandenburg verbreitete Alltagsrassismus. Angesichts dessen mutet der Hinweis der Autoren, dass es angeraten wäre vor Ort möglichst eine ideologische Verhärtung zu vermeiden, seltsam an. Wenn der Burgfriede für eine demokratische Alltagskultur damit erkauft werden soll, verbale oder anderweitige Entgleisungen auch „normaler" Bürger lieber nicht zu skandalisieren, wird vielleicht der „Extremismus" bekämpft, ein für manche Menschen feindliches Klima bleibt dennoch bestehen. Nichtsdestotrotz, für diejenigen, die sich vor Ort engagieren, bietet der Band fundierte Analysen der vielfältigen wechselseitigen Beziehungen.

Strobl, Rainer; Würtz, Stefanie; Klemm, Jana: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Juventa Verlag, 2003, 24,50 Euro.